

Österreich

Der Titel dieses Artikels ist mehrdeutig. Weitere Bedeutungen werden unter [Österreich \(Begriffsklärung\)](#) aufgeführt.

Österreich ist eine [bundesstaatlich](#) organisierte [Republik](#) in [Mitteleuropa](#). Sie grenzt im Norden an [Deutschland](#) und [Tschechien](#), im Osten an die [Slowakei](#) und [Ungarn](#), im Süden an [Slowenien](#) und [Italien](#) und im Westen an die [Schweiz](#) und [Liechtenstein](#).

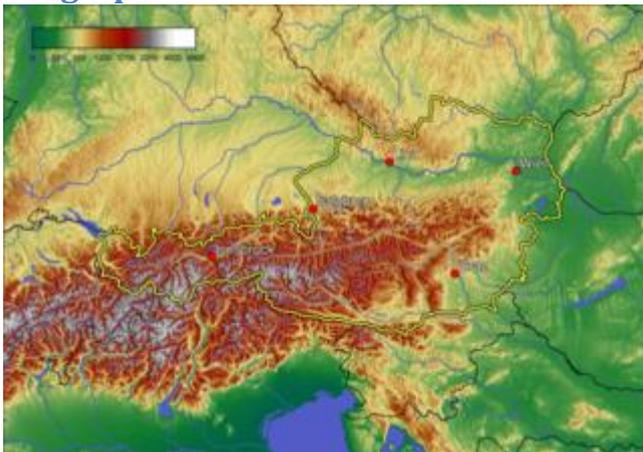
Die [Bundeshauptstadt](#) ist [Wien](#). Österreich besteht aus neun Bundesländern, die [Verfassung](#) ist [föderal](#) aufgebaut. Das Land ist seit 1955 Mitglied der [Vereinten Nationen](#) und seit 1995 Mitglied der [Europäischen Union](#).

Inhaltsverzeichnis

[\[Anzeigen\]](#)

-

Geographie



Topografie Österreichs

→ *Hauptartikel:* [Geographie Österreichs](#)

Siehe auch: [Geologie Österreichs](#), [Österreichische Grenzübergänge in die Nachbarstaaten](#)

Österreich erstreckt sich in west-östlicher Richtung über maximal 575, in nord-südlicher über 294 Kilometer.

Etwa 60 % des Staatsgebietes sind gebirgig und haben Anteil an den [Ostalpen](#) (vor allem Tiroler [Zentralalpen](#), [Hohe Tauern](#) und [Niedere Tauern](#), [Nördliche Kalkalpen](#), [Südliche Kalkalpen](#) und [Wienerwald](#)), weshalb das Land umgangssprachlich gelegentlich auch *Alpenrepublik* genannt wird. Nördlich der Donau liegt in Ober- und Niederösterreich das [Granit- und Gneisplateau](#), Teil des alten Rumpfgebirges der [böhmischen Masse](#), dessen Ausläufer bis nach Tschechien und [Bayern](#) reichen; jenseits der Ostgrenze schließen die Kleinen [Karpaten](#) an.

Die großen [Ebenen](#) liegen im [Osten](#) entlang der [Donau](#), vor allem das [Alpenvorland](#) und das [Wiener Becken](#) mit dem [Marchfeld](#), sowie in der südlichen [Steiermark](#), die wegen ihrer Landschaftsähnlichkeit zur [Toskana](#) auch oft Steirische Toskana genannt wird.

Das [Burgenland](#), östlich des [Alpen-Karpaten](#)-Bogens, läuft in die [Pannonische Tiefebene](#) aus und weist sowohl landschaftlich als auch klimatisch starke Ähnlichkeit zum östlichen Nachbarn [Ungarn](#) auf, zu dem es bis 1921 gehörte.

Von der Gesamtfläche Österreichs (83.871,1 km²) entfällt etwa ein Viertel auf Tief- und Hügelländer. Nur 32 % liegen tiefer als 500 m, 43 % der Landesfläche sind bewaldet.

Die fünf Großlandschaften Österreichs:

- Anteil der [Ostalpen](#) (52.600 km², 62,8 % der Staatsfläche)
- Anteil des [Alpen-](#) und [Karpatenvorlandes](#) (9.500 km², 11,3 %)
- Vorland im Osten, Anteil der Randgebiete des [Pannonischen Tieflands](#) (9.500 km², 11,3 %)
- [Granit- und Gneisplateau](#), Anteil des Mittelgebirgslandes der [Böhmischen Masse](#) (8.500 km², 10,2 %)
- Anteil des [Wiener Beckens](#) (3.700 km², 4,4 %)

Tiefster Punkt: Hedwighof (Gemeinde [Apetlon](#) – [Burgenland](#)) 114 m



[Großglockner](#)

Berge

Die höchsten Berge in Österreich sind [Dreitausender](#) und befinden sich in den [Ostalpen](#). Mit 3.798 m ist der [Großglockner](#) in den [Hohen Tauern](#) der höchste Berg. Gefolgt wird er von den beiden in den [Öztaler Alpen](#) liegenden Gipfeln der [Wildspitze](#) mit 3.774 m und der [Weißkugel](#) mit 3.738 m.

Die Gebirgslandschaft ist von großer Bedeutung für den [Tourismus](#), es gibt viele [Wintersportgebiete](#), im Sommer bieten sich Möglichkeiten zum [Bergwandern](#) und [Klettern](#).

Siehe auch: [Liste der höchsten Berge Österreichs](#)

Seen



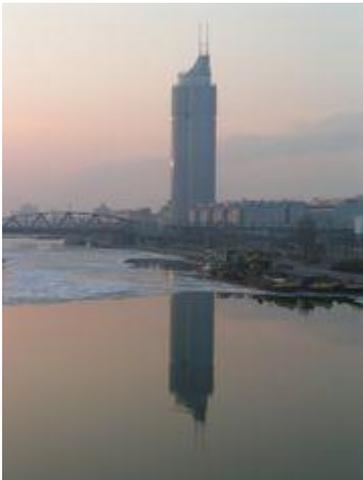
[Neusiedler See](#) bei [Podersdorf](#)

Der größte [See](#) ist der [Neusiedler See](#) im [Burgenland](#), der mit ca. 77 % seiner Gesamtfläche von 315 km² in Österreich liegt (der Rest gehört zu Ungarn), gefolgt vom [Attersee](#) mit 46 km² und dem [Traunsee](#) mit 24 km² in [Oberösterreich](#). Auch der [Bodensee](#) mit seinen 536 km² am [Dreiländereck](#) mit Deutschland (Freistaat Bayern und Land Baden-Württemberg) und der Schweiz liegt zu einem kleinen Anteil auf österreichischem Staatsgebiet. Allerdings sind die Staatsgrenzen auf dem Bodensee nicht exakt bestimmt.

Für den Sommertourismus in Österreich haben die Seen neben den Bergen große Bedeutung, insbesondere die [Kärntner Seen](#) und jene des [Salzkammerguts](#). Die bekanntesten sind der [Wörthersee](#), der [Millstätter See](#), der [Ossiacher See](#) und der [Weissensee](#) in Kärnten. Weitere bekannte Seen sind [Mondsee](#) und [Wolfgangsee](#) an der Grenze zwischen [Salzburg](#) und [Oberösterreich](#).

Siehe auch: [Liste der Seen in Österreich](#)

Flüsse



[Millennium Tower](#) und [Donau](#) in Wien

Der größte Teil Österreichs, 80.566 km², wird über die [Donau](#) zum [Schwarzen Meer](#) entwässert, nur kleine Gebiete im Westen über den [Rhein](#) (2.366 km²) und im Norden über die [Elbe](#) (918 km²) zur [Nordsee](#).

Große [Nebenflüsse](#) der Donau sind (von [Westen](#) nach [Osten](#)):

- [Lech](#), [Isar](#) und [Inn](#), die in Bayern in die Donau münden; sie entwässern [Tirol](#), die in den Inn mündende [Salzach](#) entwässert [Salzburg](#) (ausgenommen den [Lungau](#) und Teile des [Pongaus](#));
- [Traun](#), [Enns](#), [Ybbs](#), [Erlauf](#), [Pielach](#), [Traisen](#), [Wienfluss](#) und [Fischa](#) entwässern die südlich der Donau (= rechtsufrig) gelegenen Gebiete [Oberösterreichs](#), der [Steiermark](#), [Niederösterreichs](#) und [Wiens](#);
- [Große](#) und [Kleine Mühl](#), [Rodl](#) und [Aist](#), [Kamp](#), [Göllersbach](#) und [Rußbach](#) sowie [Thaya](#) an der Nord- und [March](#) an der Ostgrenze entwässern die nördlich der Donau (= linksufrig) gelegenen Gebiete von [Oberösterreich](#) und [Niederösterreich](#);

Die [Mur](#) entwässert den [Salzburger Lungau](#) und die [Steiermark](#); sie mündet in [Kroatien](#) in die [Drau](#), die wiederum [Kärnten](#) und [Osttirol](#) entwässert. Die Drau mündet in [Kroatien](#) an der Grenze zu [Serbien](#) in die [Donau](#). Der [Rhein](#) entwässert die größten Teile [Vorarlbergs](#), durchfließt den [Bodensee](#) und mündet in die [Nordsee](#).

Die [Lainsitz](#) ist zwar auf Grund ihrer Größe nicht von Bedeutung, ist jedoch der einzige österreichische Fluss, der von [Niederösterreich](#) über [Tschechien](#) zur [Elbe](#) entwässert.

Siehe auch: [Liste der Flüsse in Österreich](#)

Verwaltungsgliederung

Österreich besteht aus neun [Bundesländern](#); Wien als Bundeshauptstadt ist eines davon. Die anderen acht Länder gliedern sich in 84 [Bezirke](#), die wiederum in [Gemeinden](#) unterteilt sind, sowie in 15 [Statutarstädte](#), die die Bezirksverwaltung selbst ausüben.



	Bundesland	Hauptstadt	Bevölkerung	Fläche (in km ²)	Einwohner (pro km ²)	Städte	Gemeinden (insgesamt)
	Burgenland	Eisenstadt	281.190	3.965	70,9	13	171
	Kärnten	Klagenfurt am	561.094	9.536	58,8	17	132

		Wörthersee						
	Niederösterreich	St. Pölten	1.597.240	19.178	83,3	75	573	
	Oberösterreich	Linz	1.408.165	11.982	117,5	32	444	
	Salzburg	Salzburg	530.576	7.154	74,2	10	119	
	Steiermark	Graz	1.205.909	16.392	73,6	34	542	
	Tirol	Innsbruck	703.512	12.648	55,6	11	279	
	Vorarlberg	Bregenz	366.377	2.601	140,9	5	96	
	Wien	Wien	1.677.867	415	4.043,1	1	1	

Stand 1. Jänner 2008 – Daten von Statistik Austria^[4]

Städte und Ballungsräume



[Innsbruck](#)



Salzburger Altstadt, heute [Weltkulturerbe](#)

Das mit Abstand größte Siedlungsgebiet in Österreich ist die [Metropolregion](#) Wien mit einer Einwohnerzahl von 2.067.651 (*Stand 1. Jänner 2005*). Damit konzentriert sich ein Viertel der Bevölkerung des Staates in der Hauptstadtregion.

Weitere größere Stadtregionen umgeben die Landeshauptstädte [Graz](#) (Steiermark), [Linz](#) (Oberösterreich), [Salzburg](#) (Land Salzburg) und [Innsbruck](#) (Tirol). Zu den wichtigeren Städten zählen weiters (von West nach Ost) [Feldkirch](#), [Dornbirn](#) und [Bregenz](#) ([Vorarlberg](#)), Villach und Klagenfurt ([Kärnten](#)), Wels ([Oberösterreich](#)), St. Pölten und Wiener Neustadt ([Niederösterreich](#)). Insgesamt besitzen rund 200 [Gemeinden](#) sehr unterschiedlicher Größe das Recht, sich Stadt zu nennen ([Stadtrecht](#)); nur bei den 15 Statutarstädten ist dies von verwaltungsrechtlicher Bedeutung. Ein großes Problem, vor allem in wirtschaftlich schwachen Gegenden, ist die Abwanderung ([Landflucht](#)) der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Ballungsräume.

Für eine Auflistung aller Städte, sowie der größten Städte und Ballungsräume, siehe: [Liste der Städte in Österreich](#)

Exklaven und Enklaven

Entfernungen (Luftlinie)	
Wien – Bregenz	505 km
Wien – Bratislava (SK)	55 km
Wien – Mailand (I)	630 km
Wien – Rom (I)	760 km
Wien – Prag (CZ)	250 km
Wien – Berlin (D)	530 km
Wien – Zürich (CH)	594 km
Wien – Budapest (H)	255 km
Wien – Warschau (PL)	561 km
Wien – Kiew (UA)	1054 km
Wien – London (UK)	1237 km
Salzburg – München (D)	116 km
Bregenz – Paris (F)	568 km
Graz – Maribor (SLO)	55 km
Villach – Triest (Mittelmeer)	109 km

Auf österreichischem Staatsgebiet findet sich mit dem [Kleinwalsertal](#) eine *funktionale Enklave* Deutschlands. Das bedeutet, dass das Kleinwalsertal zwar zu Österreich (Bundesland Vorarlberg) gehört und geographisch direkt an dieses angrenzt, aber aufgrund der [topografischen](#) Lage auf Straßen nur über [Deutschland](#) zu erreichen ist. Eine weitere funktionale Enklave Deutschlands existiert mit der Gemeinde [Jungholz](#) in Tirol, welche von Österreich aus nicht erreichbar und nur durch den 1.636 m hohen [Sorgschrofen](#) mit Österreich verbunden ist. Die

[Saalforste](#) sind österreichisches Staatsgebiet, stehen aber privatrechtlich im Eigentum des [Freistaates Bayern](#)

Eine funktionale Enklave Österreichs existierte auf schweizerischem Staatsgebiet. Die [Schweizer](#) Gemeinde [Samnaun](#) war lange Zeit auf dem Straßenweg nicht aus der Schweiz, sondern nur über Österreich (Tirol) zu erreichen. Dies führte dazu, dass die rätoromanische Sprache im 19. Jahrhundert aufgegeben und stattdessen ein dem Tirolerischen ähnlicher Dialekt angenommen wurde. Mittlerweile gibt es zwar eine Straße nach Samnaun, welche ausschließlich auf schweizerischem Staatsgebiet verläuft, doch besteht nach wie vor eine einst errichtete [Zollfreizone](#). Einen ähnlichen Status wie Samnaun hatte bis 1980 die Gemeinde [Spiss](#) im österreichisch/schweizerischen Grenzgebiet. Sie war lange Zeit nur über [Samnaun](#) erreichbar und hatte mit starker Abwanderung zu kämpfen, weil sie im Gegensatz zu anderen Enklaven kaum wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit bot.

Natur



[Möwen](#) am [Bodensee](#)

Durch die verschiedenartigen Topographien in Österreich kommt sowohl in der Flora als auch in der Fauna eine große Anzahl von Arten vor. Um diese zu schützen, wurden in den letzten Jahrzehnten sechs [Nationalparks](#) und zahlreiche Naturparks verschiedener Kategorien errichtet. Auch bei den [UNESCO-Welterbegütern](#) sind zahlreiche Flächen nicht nur als Kulturerbe, sondern auch als Naturerbe ausgewiesen.

Flora

Vom Umweltbundesamt wird die Anzahl der Farn- und Blütenpflanzen mit ca. 2.950 Arten (inklusive der ausgestorbenen und verschollenen Arten) angegeben. Davon stehen 1.187 Pflanzenarten (40,2 %) auf der [Roten Liste](#).

Fauna

Ungefähr 45.870 Tierarten kommen in Österreich vor, wovon 98,6 % wirbellose Tiere sind. Aus verschiedenen Gründen sind aber 10.882 Arten in ihrem Bestand gefährdet, wovon sogar 2.804 Arten auf der Roten Liste angeführt sind.

Klima





Herbstliches [Bregenz](#)

Das österreichische Klima ist gekennzeichnet von der Wechselwirkung des [ozeanischen Klimas](#) mit dem [kontinentalen](#) bzw. [pannonischen Klima](#). Gemäß den Eigenheiten dieser Klimatypen ist der Osten Österreichs von kalten Wintern und heißen Sommern geprägt und es fällt ganzjährig nur mäßig Niederschlag.

Der Westen des Landes unterliegt in der Regel weniger strengen Gegebenheiten, die Winter sind meist milder und die Sommer eher warm. Hier liegen auch die niederschlagsreichsten Gegenden. Die geographischen Gegebenheiten ergeben darüber hinaus eine weitere Klimazone, das [alpine Klima](#), welches im Gebirge die Winter strenger als im tiefer gelegenen Osten ausfallen lassen. Eine weitere Besonderheit sind gelegentliche Nord- und Südeinflüsse, die einerseits polare Kälte, andererseits [Saharastaub](#) mit sich bringen können.

Ganz allgemein wird Österreich daher dem [mitteleuropäischen Übergangsklima](#) zugerechnet, mit Rücksichtnahme auf die Alpen im Zentrum und Westen und die [pannonische Tiefebene](#) im Osten.

Temperaturen

Wenn ein stabiles Hoch aus dem Osten wirkt (*Idealfall "[Omega-Hoch](#)" in der Form des letzten Buchstabens des griechischen Alphabets*), kann man mit langem, ungetrübtem Sonnenschein und bis zu zwei Wochen andauernder Hitze rechnen. Im Winter bewirkt dieses Hoch Sonnenschein und klirrende Kälte (bis -20 °C). Die [Sonnenscheindauer](#) ist etwa um 10 bis 20 Prozent länger als beispielsweise in [Norddeutschland](#).

Die Heizperiode reicht von Mitte Oktober bis Mitte April und verursacht einen hohen Energieverbrauch.

- Tiefste in Österreich gemessene Temperatur: [Sonnblick](#)-Gipfel (SBG), $-37,2\text{ °C}$ (1. Jänner 1905)
- Tiefste in Österreich im Dauersiedlungsgebiet gemessene Temperatur: [Zwettl](#) (NÖ), $-36,6\text{ °C}$ (11. Februar 1929)
- Höchste in Österreich im Dauersiedlungsgebiet gemessene Temperatur: [Dellach im Drautal](#) (K), $+39,7\text{ °C}$ (27. Juli 1983)

Der Herbst 2006 wurde als der wärmste seit 1.300 Jahren bezeichnet, der Winter 2006/2007 als der wärmste seit 1900.

Niederschlag

Entsprechend der Abschwächung des ozeanischen [Klimas](#) von Westen nach Osten nimmt auch die Niederschlagsmenge in selbiger Richtung ab. So sind in [Wien](#) die Niederschläge nur noch halb so hoch wie in [Salzburg](#), und in den östlichen und südöstlichen Landesteilen macht sich das pannonische [Kontinentalklima](#) bemerkbar, das in der [Südsteiermark](#) und teilweise im südlichen [Seengebiet mediterran](#) beeinflusst wird.

Ganzjährig zeichnen sich die Gebiete entlang des [Alpenhauptkamms](#) durch hohe Niederschläge aus, da bei Tiefdrucklagen feuchte Luftströme aus dem Norden oder Süden aufgestaut und als Niederschlag wieder abgebaut werden. Dies bewirkt im Winter große Schneemengen in den Bergen und Tälern sowie in den Nord- bzw. Südstaugebieten, im Sommer hingegen können große Regenmengen [Muren](#) und Überschwemmungen bewirken. Die niederschlagsreichsten

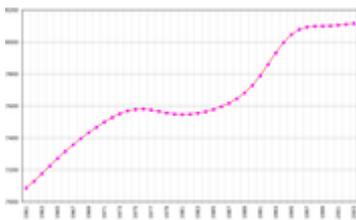
Gegenden sind das gesamte [Alpenvorland](#) sowie das [Tiroler Unterland](#), das [Außerfern](#) und der [Bregenzer Wald](#). Dort fallen bis zu 3.000 mm Regen oder Schnee pro Jahr (Durchschnitt 900 mm).

Im Frühling und Herbst ist von Schneefall bis hin zu großer Wärme alles möglich. Da die Tagestemperaturen im Juli und August nicht selten auf und über 30 °C steigen und die Luftfeuchtigkeit meist sehr hoch ist, kommt es oft zur Bildung von Quellwolken und in Folge des Alpenstaus anschließend zu Gewittern.

In den letzten Jahren war Österreich, wie auch die Nachbarländer, häufig Opfer von Wetterkapriolen, die von vielen Experten auf eine [Klimaerwärmung](#) zurückgeführt werden (die Durchschnittstemperaturen werden beständig nach oben korrigiert). Durch heftige Regenfälle gab es mehrmals verheerende Überschwemmungen und [Vermurungen](#), die auch Todesopfer forderten. Gelegentlich kam es zu [orkanartigen](#) Stürmen und gewaltigen Schneefällen, die dazu führten, dass viele Orte von der Außenwelt abgeschnitten wurden und vermehrt Lawinen abgingen. Aber auch Dürre plagte das Land in den letzten Jahren häufiger.

Bevölkerung

→ *Hauptartikel:* [Demografie Österreichs](#)



Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre (x1000)

Bevölkerungsentwicklung

Die erste [Volkszählung](#), die heutigen Kriterien entspricht, fand in Österreich-Ungarn 1869/1870 statt. Seit damals stieg die Einwohnerzahl auf dem Gebiet des heutigen Österreich bis zur letzten Zählung vor Beginn des Ersten Weltkrieges, die 1913 stattfand, stetig an.

Jahresdurchschnittsbevölkerung
laut [Statistik Austria](#)

Datum	Einwohner
um 1527	1.500.000
um 1600	1.800.000
um 1700	2.100.000
1754	2.728.000
1780	2.970.000

1790	3.046.000
1800	3.064.000
1810	3.054.000
1821	3.202.000
1830	3.476.500
1840	3.649.700
1850	3.879.700
1857	4.075.500
1870	4.520.000
1880	4.941.000
1890	5.394.000
1900	5.973.000
1910	6.614.000
1913	6.767.000
1919	6.420.000
1923	6.535.000
1930	6.684.000
1939	6.653.000
1951	6.935.000
1961	7.086.000
1971	7.500.000
1981	7.569.000
1988	7.697.000
1991	7.755.000
2001	8.043.000
2006	8.282.000

Die Bevölkerungszunahme war zu einem beträchtlichen Teil auf die [Binnenwanderung](#) aus den [Kronländern](#) zurückzuführen. Nach dem Ersten Weltkrieg, 1919, war die Bevölkerung wegen Kriegsverlusten und Rückwanderung in die ehemaligen Kronländer um 347.000 Personen zurückgegangen. Danach stieg die Einwohnerzahl kontinuierlich bis 1935 wieder an, bevor sie 1939, als die letzte Zählung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges stattfand, vor allem wegen Auswanderung aus dem [bürgerkriegsgebeutelten](#) und politischer wie rassistischer Verfolgung bedrohten Land auf 6,65 Millionen Personen zurückging. Als 1946 die ersten Einwohnerzahlen nach Ende des Krieges auf Grundlage der [Lebensmittelkarten](#) ermittelt wurden, ergab sich eine Einwohnerzahl von rund sieben Millionen, was einen neuen Höchststand ausmachte. Die hohen Kriegsverluste waren durch Flüchtlingszustrom überkompensiert worden.

Bis 1953 waren Flüchtlinge und [Displaced Persons](#) großteils in ihre Heimat zurückgekehrt oder weitergewandert, weshalb die Einwohnerzahl erneut – auf 6,93 Millionen – zurückging. Hohe Geburtenüberschüsse ließen die Einwohnerzahl seither auf einen neuen Höchststand im Jahre 1974, als 7,6 Millionen Personen in Österreich lebten, anwachsen. Nach einer Phase der Stagnation begann die Einwohnerzahl Österreichs ab Ende der 1980er Jahre erneut merklich zu steigen – diesmal aufgrund verstärkter Zuwanderung etwa aus dem kriegsgebeutelten (Ex-) [Jugoslawien](#) während der 90er Jahre. Zu Jahresbeginn 2008 erreichte Österreich einen Bevölkerungsstand von 8,33 Millionen.^[5]

Bevölkerungsbewegung

Siehe auch: [Auslandsösterreicher](#)



Als Österreich noch Auswanderungsland war: [Österreichisch-Ungarische](#) Passagiere auf einem Schiff in die [Vereinigten Staaten](#) Anfang des 20. Jahrhunderts.

Heute ist Österreich – als einer der wohlhabendsten Staaten der Welt – ein Einwanderungsland. Das war jedoch nicht immer so. Zur Zeit der Industrialisierung gab es zwar eine große Binnenwanderung aus Böhmen und Mähren, wo damals die gleiche österreichische Staatsbürgerschaft galt wie im heutigen Österreich. Nach 1918 wanderten aber bis zum Zweiten Weltkrieg in der Regel jährlich mehr Österreicher aus, als Ausländer einwanderten.

Ausnahmen der traditionellen Auswanderungstendenz aus Österreich waren die Einwanderungswellen aus Ungarn, erstmals um 1920 aufgrund politischer Turbulenzen, und dann 1956 nach der Niederschlagung des [ungarischen Volksaufstandes](#) durch die Sowjets, sowie aus der ehemaligen Tschechoslowakei 1968 nach Beendigung des [Prager Frühlings](#). Eine Ausnahme war auch die kurzfristige Zuwanderungstendenz aus dem Deutschen Reich, als 1933 die Nationalsozialisten im Deutschen Reich die Macht erhielten und vor allem Juden zur Flucht drängten. Diese fand spätestens 1938 nach dem [Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich](#) ihr Ende.

Seit dem enormen Wirtschafts- und Wohlstandswachstum, das in den 1950er Jahren begann und Österreich bis heute zu einem wohlhabenden Land machte, drehte sich die Wanderungsbilanz

um. Gastarbeiter wurden gezielt angeworben, später erreichten Österreich immer wieder Flüchtlingsströme, etwa aus dem ehemaligen Jugoslawien während der [Jugoslawienkriege](#). Aus der Türkei kamen viele Wirtschaftsflüchtlinge nach Europa und damit auch nach Österreich. In den letzten Jahren verstärkte sich auch die Zuwanderung aus Deutschland nach Österreich, da hier die Chancen auf einen Arbeitsplatz – etwa in der Tourismusbranche – größer empfunden wurden oder werden, als dies in Deutschland der Fall war, bzw. ist. Heute sind die deutschen Staatsbürger mit 109.000 (Stand 1. Jänner 2007) nach den Serben und Montenegrinerinnen, sowie den Türken bereits die drittgrößte Gastarbeitergruppe in Österreich.^[6]

Prognose

Laut Prognosen der [Bundesanstalt Statistik Österreich](#) halten sich Geburten und Sterbefälle in Österreich noch für etwa 20 Jahre die Waage, danach werden die Geburten- voraussichtlich unter den Sterbezahlen liegen, was zu einem höheren Altersdurchschnitt führen wird. Durch Zuwanderung wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 allerdings auf rund 9,5 Millionen anwachsen.^[7]

Nur in [Wien](#), als einzigem der neun Bundesländer, wird der Altersdurchschnitt niedriger und das Bevölkerungswachstum höher sein als im Bundesdurchschnitt. Die neueste Prognose geht von einem dreimal schnelleren Wachstum für Wien aus, als angenommen (24 statt 7 Prozent). So könnte Wien bereits 2031 Zwei-Millionen-Stadt sein. Daraus ergeben sich Probleme in der sozialen Infrastruktur und im Wohnbau, wo bereits 2013 eine jährliche Bauleistung von 10.000 Wohneinheiten nötig ist.

Lebenserwartung

Die durchschnittliche [Lebenserwartung](#) in Österreich beträgt zur Zeit (2005) bei den Frauen 82,1 Jahre und bei den Männern 76,4 Jahre (im Vergleich 1971: 75,7 Frauen und 73,3 Männer). Die [Kindersterblichkeit](#) beträgt 0,45 %. Die Selbstmordrate ist traditionell hoch: Etwa 400.000 Österreicher sind generell von Depression betroffen, etwa 15.000 pro Jahr versuchen, sich das Leben zu nehmen; die Zahl der Suizidenten ist in Österreich doppelt so hoch wie die der Verkehrstoten: Alle sechs Stunden stirbt ein Österreicher durch eigene Hand.^[8]

Siehe auch: [Österreichisches Gesundheitssystem](#)

Sprache

→ *Hauptartikel:* [Österreichisches Deutsch](#)

Deutsch ist laut Artikel 8 der [Bundesverfassung](#) (Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) aus 1920) die Staatssprache der Republik Österreich. Es ist die Muttersprache von etwa 98 % der österreichischen Staatsbürger. Tatsächlich gesprochen und geschrieben wird in Österreich das [Österreichische Deutsch](#), eine hochsprachliche nationale [Standardvarietät](#) der [plurizentrischen deutschen Sprache](#), wobei sich Österreichisches Deutsch insbesondere im Wortschatz und der Aussprache, aber auch durch grammatikalische Besonderheiten vom Hochdeutschen in Deutschland unterscheidet. Das [Österreichische Wörterbuch](#), in dem der Wortschatz zusammengefasst ist, wurde 1951 vom Unterrichtsministerium initiiert und steht seitdem als amtliches Regelwerk über dem [Duden](#).

Die deutsche Sprache wird vielfach in Form eines der vielen [oberdeutschen Dialekte](#) gesprochen, die zu den Mundartfamilien des [Alemannischen](#) (gesprochen in [Vorarlberg](#) sowie dem Tiroler [Außerfern](#)) und [Bairischen](#) (gesprochen in allen Bundesländern mit Ausnahme Vorarlbergs)

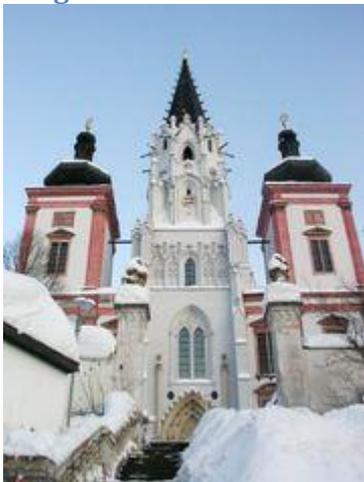
gehören. Sieben Millionen Österreicher sprechen einen mittel- oder südbairischen Dialekt bzw. eine von diesen Dialekten beeinflusste Umgangssprache.

Daneben werden slawische und andere Sprachen von Minderheiten gesprochen. Die alteingesessenen [burgenlandkroatischen](#), [slowenischen](#) und [ungarischen](#) Volksgruppen in Österreich haben Anspruch auf muttersprachlichen [Schulunterricht](#) und Behördenverkehr. Burgenlandkroatisch und Slowenisch sind zusätzliche Amtssprachen in den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken der Steiermark, des Burgenlandes und Kärntens mit kroatischer oder slowenischer bzw. gemischter Bevölkerung. Weiters ist in einigen Gemeinden des Burgenlandes Ungarisch neben Deutsch gleichberechtigte Amtssprache.

Auch die alteingesessene [Roma](#)-Bevölkerung hat ihre eigene Sprache.

Siehe auch: [Minderheitssprachen in Österreich](#), [Kärntner Slowenen](#), [Burgenland-Kroaten](#), [Burgenland-Ungarn](#)

Religion



Die Basilika von [Mariazell](#)



Das *Vienna Islamic Centre*

Nach Ergebnissen der Volkszählung von 2001^[9] sind 74,1 % der Bevölkerung Anhänger der [römisch-katholischen](#) Kirche. 4,6 % bekennen sich zu einer der evangelischen Kirchen ([Protestantismus](#); überwiegend [Augsburger Bekenntnis](#), seltener [Helvetisches Bekenntnis](#): [Evangelische Kirche A. B.](#) bzw. [Evangelische Kirche H.B.](#)). Etwa 180.000 Christen und Christinnen, das sind 2,2 % der österreichischen Bevölkerung, sind Mitglieder [orthodoxer](#) Kirchen.

Die größte nicht-christliche Glaubensgemeinschaft in Österreich ist der Islam. Rund 340.000 Personen, das sind 4,3 %, gehören dem [muslimischen](#) Glauben an (der Islam ist in Österreich seit 1912 anerkannte Religionsgemeinschaft).

Zum [jüdischen Glauben](#) bekennen sich etwa 8.140 Menschen. Die überwiegende Mehrheit davon, rund 7.000, leben in Wien. Nach Angaben der [Israelitischen Kultusgemeinde Wien](#) sind es österreichweit 15.000. Zum [Buddhismus](#), der in Österreich 1983 als [Religionsgemeinschaft](#) anerkannt wurde, bekennen sich etwas über 10.000 Menschen. Zum [Hinduismus](#), der in Österreich als „eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ gilt, bekennen sich laut Volkszählung 2001 3.629 Personen.

20.000 Personen sind aktive Mitglieder der [Zeugen Jehovas](#). Letztere streben die volle gesetzliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft an. Etwa 12 % der Bevölkerung gehören keiner der in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften an.

Siehe auch: [Geschichte des Christentums in Österreich](#), [Anerkannte Religionen in Österreich](#), [Religionsfreiheit in Österreich](#), [Baptisten in Österreich](#), [Buddhismus in Österreich](#), [Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich](#), [Hinduismus in Österreich](#), [Katholische Kirche in Österreich](#)

Gesellschaft

Gleichberechtigung der Geschlechter

In der [Verfassung](#) ist die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festgeschrieben. Historisch entstandene Ausnahmen sind die [Wehrpflicht](#), die nur für Männer gilt, und die Pensionsregelung. Frauen dürfen in Österreich derzeit noch fünf Jahre früher in Altersruhestand gehen als Männer (Ausnahme: Beamtenruhestand). Da dies laut Urteil des österreichischen Verfassungsgerichtshofes dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht, wurde beschlossen, das Pensionsantrittsalter der Frauen bis zum Jahr 2033 schrittweise an jenes der Männer (65 Jahre) anzupassen.

In fast allen Bereichen ist das Durchschnittsgehalt von Frauen geringer als das Durchschnittsgehalt von Männern (Ausnahme: Beamte). Dies ist einerseits auf eine unvollständige Umsetzung der Gleichbehandlung in der Praxis zurückzuführen und andererseits darauf, dass viele Frauen früher in Ruhestand gehen, einer [Teilzeitarbeit](#) nachgehen oder sich der Kindererziehung widmen und daher Aufstiegschancen nicht wahrnehmen. In leitenden Positionen sind zumeist Männer vertreten. Die Tariflöhne in Österreich sind für beide Geschlechter gleich. In Österreich nutzen nur 2 von 100 Männern die Möglichkeit der [Karenz](#) mit Kinderbetreuung.

Menschenrechte

In Österreich gab es in den letzten Jahren zwei Vorfälle bei Polizeieinsätzen in Zusammenhang mit Personen afrikanischer Herkunft, welche tödlich ausgingen. Diese Fälle der Schwarzafrikaner [Marcus Omofuma](#) und [Seibane Wague](#) wurden in den Medien und in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert und erörtert. Einige der involvierten Polizisten sowie ein Notarzt wurden wegen fahrlässiger Tötung zu bedingten Haftstrafen verurteilt. Nach Ansicht von [Amnesty International](#) war das Strafausmaß zu gering, jedoch werden auch bei vergleichbaren Fällen mit inländischen Opfern keine höheren Strafen verhängt.

Zum Recht auf [freie Meinungsäußerung](#) haben österreichische Gerichte in den letzten Jahren gegen Journalisten mehrere Urteile gefällt, die der Überprüfung durch den Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte nicht standgehalten haben. Es wurde bemängelt, dass die österreichischen Gerichte in der Abwägung zwischen den Rechten eines (beleidigten) Politikers und dem Recht auf freie Meinungsäußerung in den Medien der Meinungsfreiheit nicht ausreichend Rechnung getragen hätten.

Geschichte

→ Hauptartikel: [Geschichte Österreichs](#)

Urgeschichte bis 15 v. Chr.



[Venus von Willendorf](#)

→ Hauptartikel: [Urgeschichte Österreichs](#)

Die ältesten Spuren der Anwesenheit von Menschen in Österreich gehören dem [Mittelpaläolithikum](#), der Zeit der [Neandertaler](#), an. Viele Fundstellen liegen in [Niederösterreich](#), die bekanntesten befinden sich in der Wachau – Darunter auch die Fundorte der beiden ältesten österreichischen Kunstwerke, die figürlichen Frauendarstellungen der sogenannten *Tanzenden Fanny* von Stratzing/Krems-Rehberg und der [Venus von Willendorf](#).

Nach der schrittweisen Besiedelung aller Regionen Österreichs in der [Jungsteinzeit](#) steht die [Kupferzeit](#) im Zeichen der Erschließung von Rohstoffvorkommen, vor allem [Kupfer](#). Aus dieser Zeit stammt auch der Fund der berühmten Gletschermumie [Ötzi](#) im österreichisch-italienischen Grenzgebiet.

Während der [Bronzezeit](#) zwischen dem 3. und dem 1. Jahrtausend vor Christus wurden immer größere Handelszentren und auch Befestigungen, vorwiegend in Rohstoff-Abbaugeländen, errichtet. Im Umkreis von [Hallstatt](#) begann die systematische Gewinnung von [Salz](#); nach diesem Ort ist auch die ältere Periode der [Eisenzeit](#), die [Hallstattzeit](#), benannt. Die jüngere Eisenzeit, auch [Latène-Kultur](#) genannt, steht im Zeichen der [Kelten](#), welche im Süden und Osten des heutigen Österreich das erste [Staatsgebilde](#) errichteten – der Westen wurde zu dieser Zeit von [Rätiern](#) besiedelt.

Römische Provinz und Völkerwanderung 15 v. Chr. – 700



Römische Provinzen und Orte auf dem Gebiet des heutigen Österreichs



[Heidentor](#) bei Carnuntum

Der größte Teil des heutigen, österreichischen Staatsgebiets wurde um 15 v. Chr. vom [Römischen Reich](#) besetzt. Der römische Kaiser [Claudius](#) richtete während seiner Herrschaft (41–54 n. Chr.) die römische Provinz [Regnum Noricum](#) ein, deren Grenzen einen Großteil des heutigen Österreich umfassten. Die östlich von [Vindobona](#) (dem heutigen [Wien](#)) gelegene Stadt [Carnuntum](#) war die größte römische Stadt, weitere wichtige Orte waren [Virunum](#) (nördlich des heutigen [Klagenfurt](#)) und [Teurnia](#) (nahe [Spittal an der Drau](#)).

Nach der Ausbreitung des Christentums im 2. Jahrhundert n. Chr. begann der langsame Niedergang des römischen Reiches im Zuge der [Völkerwanderung](#). Nach kontinuierlicher Bedrängung der Provinz Noricum durch die [Goten](#), [Slawen](#) und [Awaren](#) begann ab dem 6. Jahrhundert die Besiedlung durch die [Bajuwaren](#) und, im heutigen Vorarlberg, durch die [Alemannen](#). Im nördlichen Alpenraum hatte sich ab Mitte des 6. Jahrhunderts das baierische Stammesherzogtum gebildet, deren Herrscher aus dem Geschlecht der [Agilolfinger](#) stammten. Nur wenige Jahrzehnte später war das römische Reich schließlich endgültig zerfallen.

Frankenreich und Heiliges Römisches Reich 700–1806



Friedrich I. *Barbarossa*

Weite Gebiete des heutigen Österreich gehörten im späten [8. Jahrhundert](#) zum [baierischen Stammesherzogtum](#) im [Fränkischen Reich Karls des Großen](#). Im folgenden [Ostfrankenreich](#) war in der Region des heutigen [Niederösterreich](#) seit 856 eine [Marchia orientalis](#) den [Karolingern](#) unterstellt. Diese Grenzmark im Südosten des Reiches wurde zur Keimzelle des späteren Österreich. Dieses Gebiet ging 907 allerdings an die [Ungarn](#) verloren. Erst nach der [Schlacht auf dem Lechfeld](#) 955 konnte das ostfränkische Reich wieder nach Osten expandieren, und es entstanden neue Herzogtümer und Markgrafschaften. Damit begann auch eine weitere Welle [bajuwarischer](#) (baierischer) Siedlungstätigkeit.

Im Jahr 976 entstand die älteste Ländereinheit auf dem Boden der heutigen Republik Österreich in der Form des selbständigen [Herzogtums Kärnten](#). Im selben Jahr wurde die *Marchia Orientalis* von Kaiser [Otto II.](#) einem [Babenberger](#)-Grafen übereignet. Die *Marchia Orientalis* wurde darin erstmals [Ostarrîchi](#) genannt; Aussprache und Schreibweise wandelten sich später zu *Österreich*. Die älteste bekannte schriftliche Nennung des Namens stammt aus einem in [Bruchsal](#) verfassten Dokument vom 1. November 996. Darin ist eine Schenkung [Kaiser Ottos III.](#) an den [Bischof von Freising](#) festgehalten, nämlich eines Gebietes „in der gewöhnlich Ostarrichi genannten Region“ („regione vulgari vocabulo Ostarrichi“), womit die Region um [Neuhofen an der Ybbs](#) gemeint war („in loco Niuuanhova dicto“). Diese Urkunde wird heute im [Bayerischen Hauptstaatsarchiv](#) in München aufbewahrt. Das Gebiet wurde auch als *Ostland* (lat. [Austria](#)) oder *Osterland* bekannt und am 8. September 1156 von Kaiser [Friedrich I.](#) (Barbarossa) auf dem Hoftag in [Kreuzhof](#) bei [Regensburg](#) zu einem eigenständigen, von Bayern unabhängigen [Herzogtum](#) erhoben. Damit beginnt die eigentliche Geschichte Österreichs als selbständiges Territorium innerhalb des [Heiligen Römischen Reiches](#).

Den Babenbergern folgten ab 1278 die [Habsburger](#), die ihr Herzogtum Österreich durch das gefälschte [Privilegium Maius](#) (*maius* = größer, [Komparativ](#) zu *lat. magnus* = groß) zum [Erzherzogtum Österreich](#) machten, um ihren besonderen Rang zu betonen. Sie dehnten ihr Herrschaftsgebiet bis 1526 weiter aus und wurden zum Machtfaktor im Heiligen Römischen Reich. Schon die späten Babenberger hatten die [Steiermark](#) mit Österreich verbinden können, die Habsburger schufen davon ausgehend mit der Erwerbung [Kärntens](#), [Tirols](#), [Krains](#) und anderer Gebiete einen Länderkomplex in den Ostalpen, der *Herrschaft zu Österreich* genannt wurde. Ab 1438 besaß die Dynastie fast durchgehend die [römisch-deutsche Königs-](#) und die damit verbundene [Kaiserwürde](#).

Die [Reformation](#) der Kirche konnte sich anfangs schnell durchsetzen, wurde aber im Laufe des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt, was von den damaligen Habsburgern als wichtigste Aufgabe gesehen wurde.

Vom späten 15. Jahrhundert bis 1690 waren die habsburgischen Länder ständigen Angriffen des [Osmanischen Reichs](#) ausgesetzt, das von Ungarn aus westwärts strebte. Nach der Abwehr der [Zweiten Wiener Türkenbelagerung](#) von 1683 wurden die kriegerischen Erfolge (unter anderem des Prinzen [Eugen von Savoyen](#)) im Kampf gegen die Türken im [Frieden von Karlowitz](#) und im [Frieden von Passarowitz](#) bestätigt, indem die bis 1908 gültige Grenze erreicht wurde; darüber hinaus gehende Erwerbungen wurden im [Frieden von Belgrad](#) jedoch wieder rückgängig gemacht.



Kaiserin Maria Theresia im Kreise ihrer Familie, bei [Schloss Schönbrunn](#)

1713 wurde mit der [Pragmatischen Sanktion](#) erstmals ein für alle habsburgischen Länder gleichermaßen gültiges Grundgesetz in Kraft gesetzt. Es legte fest, dass auf [Kaiser Karl VI.](#) († 1740), der keinen männlichen Erben hatte, seine Tochter [Maria Theresia](#) als Monarchin der [österreichischen Erbländer](#) folgen sollte. Im [Österreichischen Erbfolgekrieg](#) konnte das neue Haus [Habsburg-Lothringen](#) die Erbländer größtenteils für sich behaupten. Als Preußen und Russland im 18. Jahrhundert [Polen aufteilten](#), erhielt Österreich [Galizien und Lodomerien](#) zugesprochen.

[Franz II.](#) gründete 1804 das [Kaisertum Österreich](#) und nahm als Franz I. den Titel [Kaiser von Österreich](#) an. 1806 legte er unter dem Druck [Napoleons](#) die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nieder, womit dieses auch de jure zu bestehen aufhörte. Somit war er für zwei Jahre der einzige *Doppelkaiser* der Geschichte.

[Kaisertum Österreich \(1804–1867\) und Doppelmonarchie Österreich-Ungarn \(1867–1918\)](#)



Kaiser Franz Joseph I.

Das neue [Kaisertum Österreich](#) war ein [Vielvölkerstaat](#), in dem außer deutsch auch Ungarisch, Italienisch, Tschechisch, Polnisch, Ukrainisch, Rumänisch, Kroatisch, Serbisch, Slowakisch und Slowenisch gesprochen wurde. Mit seinen vormals zum [Heiligen Römischen Reich](#) gehörenden Gebieten gehörte es ab 1815 zum [Deutschen Bund](#), in dessen [Bundesversammlung](#) der österreichische Gesandte den Vorsitz führte. Das Land Salzburg fiel im Jahr 1816 als Herzogtum an das Kaisertum Österreich, nachdem es seit 1328 ein eigenständiges Fürsterzbistum gewesen war.

Leitender Politiker des österreichischen [Biedermeier](#) war der Außenminister und spätere Staatskanzler [Metternich](#). Ihm ging es darum, die Bevölkerung mit Zensur und Spitzelsystem ruhigzustellen, um mittels [Restauration](#) die *alte Ordnung* zu erhalten: die absolute Monarchie. Die gleichen Ziele hatten zu dem Zeitpunkt [Preußen](#) und [Russland](#), gemeinsam gründeten diese drei Monarchien die [Heilige Allianz](#). Andererseits fand in dieser Epoche auch die Industrialisierung Österreichs statt. 1837 verkehrte zwischen [Floridsdorf](#) bei Wien und [Deutsch-Wagram](#) die erste Dampfeisenbahn, erstes Teilstück der [Nordbahn](#), der wichtigsten Bahnstrecke der Monarchie.

In der [Revolution](#) des Jahres 1848 strebten die Völker der Monarchie nach Demokratie und Unabhängigkeit; Staatskanzler Metternich wurde verjagt. Nur die k.k. Armee unter [Radetzky](#), [Jelačić](#) und [Windisch-Graetz](#) und die Hilfe der russischen Armee sicherten der Monarchie das Überleben. Am 2. Dezember 1848 löste der 18-jährige [Franz Joseph](#) den kranken Kaiser Ferdinand I. auf dem Thron ab. Der unerfahrene neue Herrscher hielt 1849 Gericht über die

aufständischen [Ungarn](#) und ließ ein Dutzend der höchsten ungarischen Heerführer hinrichten. Seine Popularität war in den ersten 20 Jahren seiner Regierung ausgesprochen gering.



k.k. Admiral Tegetthoff in der [Seeschlacht von Lissa](#)

In der [Schlacht von Solferino](#) 1859 ging die Vorherrschaft in Norditalien, in der [Schlacht von Königgrätz](#) 1866 der Vorsitz im Deutschen Bund verloren. Der dadurch politisch geschwächte Kaiser musste im Inneren tiefgreifende Reformen durchführen und seine [\(neo-\)absolutistische Regierungsweise](#) aufgeben; gegen seinen zähen Widerstand erfolgte die Umwandlung in eine [konstitutionelle Monarchie](#).

Der mit den Ungarn erzielte [Österreichisch-Ungarische Ausgleich](#) von 1867 führte zur Umwandlung der österreichischen Monarchie in die [österreichisch-ungarische Doppelmonarchie](#). Diese Begünstigung der Magyaren, die in der Innenpolitik nun von Österreich weitestgehend unabhängig wurden, gegenüber den anderen Völkern der Monarchie heizte die [Nationalitätenkonflikte](#) nur noch weiter an. Während die Bestrebungen der [tschechischen Nationalbewegung](#) um einen [Österreichisch-Tschechischen Ausgleich](#) scheiterten, konkurrierten die [slowakische Nationalbewegung](#) und in geringerem Maße die von [kroatischen](#) Intellektuellen angeführte [Illyrische Bewegung](#), die von [Russland](#) unterstützt wurde, mit der [Magyarisierungspolitik](#) der ungarischen Regierung.

Nach dem erzwungenen Rückzug aus Deutschland und Italien hatte die Monarchie Südosteuropa als neues Einflussgebiet erkoren. So wurde Habsburg für viele politische Aktivisten auf dem Balkan zum Feind, der den nationalen Zusammenschluss behinderte.

Nach dem [Attentat von Sarajevo](#) führten die Selbstüberschätzung [Österreich-Ungarns](#) und die „Automatik“ der europäischen Beistandspakte 1914 zum [Ersten Weltkrieg](#), der 1918 das Ende der k.u.k. Monarchie mit sich brachte.

Die Gründung der Republik (1918)

Österreich-Ungarn zerfiel. Am 21. Oktober 1918 traten die deutschen Reichsratsabgeordneten (sie bezeichneten sich selbst als Deutsche) zum ersten Mal als *Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich* zusammen; den Vorsitz hatte [Karl Seitz](#). Ihr Vollzugausschuss, ebenso unter Seitz' Vorsitz, wurde Staatsrat genannt und bestellte am 30. Oktober 1918 die erste Regierung Deutschösterreichs (die Minister hießen Staatssekretäre); erster Staatskanzler wurde [Karl Renner](#), der 1945 bei der Gründung der Zweiten Republik neuerlich eine wichtige Rolle spielen sollte. Erster provisorischer Außenminister war [Viktor Adler](#). Auf dem vorwiegend von Menschen mit deutscher Muttersprache bewohnten Gebiet Altösterreichs entstand so ein neuer Staat.

Die noch amtierende kaiserliche Regierung versuchte Anfang November 1918, den deutschösterreichischen Staatsrat in die Waffenstillstandsentscheidungen einzubeziehen. Der Staatsrat entschied jedoch, die Monarchie, die den Krieg begonnen habe, müsse ihn auch beenden. Der Waffenstillstand zwischen Österreich und Italien vom 3. November 1918 (die ungarischen Truppen hatten die Front bereits Ende Oktober, zum Austritt [Ungarns](#) aus der Realunion mit Österreich, verlassen) wurde somit noch von Kaiser Karl I. und seiner k.k. Regierung verantwortet.

Führende Politiker der k.k. Regierung und des Staatsrates arbeiteten gemeinsam die Erklärung aus, mit der [Karl I.](#) am 11. November 1918 auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ verzichtete. Dies war zwar nicht dasselbe wie eine Abdankung, die Entscheidung über die Staatsform war damit aber *de facto* gefallen. Am 12. November wurde von der Provisorischen Nationalversammlung formell beschlossen, dass der Staat Deutschösterreich eine demokratische Republik sei.

Erste Republik (1918–1938)

In der Republik waren erstmals auch alle Frauen wahlberechtigt. In den [Koalitionsregierungen](#) 1918–1920 entstanden bedeutende Sozialgesetze (z. B. Schaffung der [Arbeiterkammer](#) als gesetzliche Interessensvertretung der Arbeiter und Angestellten, Acht-Stunden-Tag, Sozialversicherung). Der Adel wurde im April 1919 abgeschafft, Mitglieder der Familie [Habsburg-Lothringen](#) durften nur in Österreich bleiben, wenn sie sich als Bürger der Republik bekannten und jeden Herrschaftsanspruch aufgaben. „Der ehemalige Träger der Krone“ (wie er im Gesetz hieß) wurde, da er die Abdankung verweigerte, auf Dauer des Landes verwiesen, war aber zuvor bereits in die Schweiz ausgewandert, um der drohenden Internierung zu entgehen. Die Habsburg-Lothringenschen „Familienfonds“, quasi Stiftungsvermögen zugunsten selbst einkommensloser Habsburger, wurden als [Staatseigentum](#) erklärt, individuelles Privatvermögen nicht angetastet.



Von der Nationalversammlung beanspruchtes Staatsgebiet der Republik Deutschösterreich (1918–1919)

Im [Vertrag von Saint-Germain](#) wurde 1919 der Staatsname „Republik Österreich“ vorgeschrieben und der laut Verfassung vorgesehene Beitritt zur neuen [Deutschen Republik](#) untersagt. Einige Gebiete, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Deutsch sprach (z. B. Egerland, Südmähren, Südtirol) durften zudem auf Wunsch der Siegermächte nicht bei Österreich verbleiben. Der [Kärntner Abwehrkampf](#) gegen die Truppen des [Königreich SHS](#) mobilisierte hingegen die internationale Öffentlichkeit und führte auf Wunsch der Siegermächte zur [Volksabstimmung in Südkärnten](#) am 10. Oktober 1920, die eindeutig für die Zugehörigkeit des Abstimmungsgebietes südlich der [Drau](#) zur Republik Österreich ausging.

Am 21. Oktober 1919 wurde der Name in „Republik Österreich“ geändert und 1920 das neue österreichische [Bundes-Verfassungsgesetz \(B-VG\)](#) beschlossen (es gilt in der Fassung von 1929, mit der das Amt des Bundespräsidenten gestärkt wurde, im Wesentlichen bis heute). Im Jahr 1921 wurde das [Burgenland](#), der überwiegend deutsch besiedelte Teil Westungarns, als *selbständiges Land im Bund* in die Republik aufgenommen. Für die natürliche Hauptstadt des Gebietes, [Ödenburg \(Sopron\)](#), wurde auf ungarischen Wunsch, der von Italien unterstützt wurde, die [Volksabstimmung 1921 im Burgenland](#) durchgeführt, wobei sich die Mehrheit für Ungarn entschied. In den zeitgenössischen österreichischen und ungarischen Darstellungen dieser Volksabstimmung waren zahlreiche Divergenzen zu bemerken. Die Bundesregierung stellten seit 1920 die Christlichsozialen und ihre Koalitionspartner vom rechten Flügel. Die Sozialdemokraten, Mehrheitspartei im „[Roten Wien](#)“, waren auf Bundesebene in scharfer Opposition.

Die [Hyperinflation](#) der frühen zwanziger Jahre wurde 1925 durch die Einführung der [Schillingwährung](#) beendet. Die konservative Regierung sorgte dafür, dass der Schilling stabil blieb; er wurde als *Alpendollar* bezeichnet. Kehrseite dieser kargen Wirtschaftspolitik war, dass in der 1929 einsetzenden [Weltwirtschaftskrise](#) kaum staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der enorm hohen Arbeitslosigkeit vorgesehen waren.

Politische Wehrverbände ([Republikanischer Schutzbund](#), [Freiheitsbund](#)) zogen Männer an, die als Sozialdemokraten einen Umsturz fürchteten oder in [Heimwehren](#) als Rechte die Demokratisierung ablehnten. 1927 wurde in Schattendorf im Burgenland auf waffenlos demonstrierende Schutzbündler gefeuert. Ein Invalider und ein Kind kamen zu Tode. Die Nachricht vom [Schattendorfer Urteil](#), in dem die Täter freigesprochen wurden, führte am Tag darauf, dem 15. Juli 1927, zur Eskalation im [Wiener Justizpalastbrand](#). Die völlig überforderte Polizei schoss in äußerster Brutalität wahllos in die große Menschenmenge und machte dann Jagd auf flüchtende Demonstranten. Bei der so genannten [Julirevolte](#) waren 89 Tote zu beklagen, davon vier Polizisten. Bundeskanzler Prälat Dr. [Ignaz Seipel](#) („Keine Milde!“) verteidigte im Parlament das skandalöse Vorgehen der Polizei.

In den folgenden Jahren führten die schlechte Wirtschaftslage und politische Auseinandersetzungen Österreich immer tiefer in eine Krise. Der [Austromarxismus](#) sprach vom Endziel *Diktatur des Proletariats* und machte damit allen Konservativen Angst; allerdings wollte man dieses Ziel auf demokratischem Weg erreichen. Auf der rechten Seite des Parteienspektrums machte sich teilweise die Auffassung breit, die Demokratie sei zur Lösung der Probleme des Landes nicht geeignet. [Mussolini](#) war dafür Vorbild.

Einer der christlichsozialen Politiker, die diese Haltung vertraten (es gab auch christlichsoziale Demokraten wie [Leopold Kunschak](#)), war Bundeskanzler [Engelbert Dollfuß](#). Als der Nationalrat nach dem Rücktritt aller drei Präsidenten (wegen einer Streitfrage um eine Abstimmung) auseinanderging, verhinderte er im März 1933, auf Grund dieser Geschäftsordnungskrise, sein Wiederausammentreten mit Polizeigewalt und verkündete die „[Selbstausschaltung des Parlaments](#)“. Eine von mehr als einer Million Menschen unterzeichnete Petition an Bundespräsident [Miklas](#), für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu sorgen, blieb erfolglos, obwohl Miklas die Verfassungswidrigkeit von Dollfuß' Vorgehen klar war.

[Austrofascismus und Ständestaat](#)

Zur Problematik dieser Bezeichnungen und zur näheren Information siehe die Artikel [Austrofascismus](#) und [Ständestaat](#).

Dollfuß nützte das versehentlich nicht aufgehobene [Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz](#) von 1917, um fortan Gesetze durch Verordnungen der Bundesregierung zu ändern oder einzuführen. Am 12. Februar 1934 fanden die bis dahin schwelenden Auseinandersetzungen zwischen den regierenden [Christlichsozialen](#) (*Vaterländische Front*) und den oppositionellen [Sozialdemokraten](#) im [Österreichischen Bürgerkrieg](#) ihren gewaltsamen Höhepunkt. Die Regierung setzte das [Bundesheer](#) und seine Kanonen ein. Es folgten einige Todesurteile gegen Schutzbündler, die Absetzung des Wiener Bürgermeisters und das Verbot der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Vorfeldorganisationen. Dollfuß proklamierte hierauf am 1. Mai 1934 in der autoritären „[Maiverfassung](#)“ den *Bundesstaat Österreich* auf ständischer Grundlage ([Ständestaat](#)). Es handelte sich um eine Diktatur, die schon damals (z. B. in einem Privatbrief von Bundespräsident [Miklas](#), wie [Friedrich Heer](#) berichtet) mit dem Begriff [Austrofaschismus](#) bezeichnet wurde.

Wenige Wochen danach kam es zum [Juliputsch](#) von Anhängern der in Österreich seit 1933 verbotenen [NSDAP](#). Einigen Putschisten gelang es am 25. Juli 1934, in das [Bundeskanzleramt](#) vorzudringen, wo Dollfuß so schwer verletzt wurde, dass er kurz darauf verstarb. Der Putschversuch wurde innerhalb weniger Tage niedergeschlagen. Neuer Bundeskanzler wurde [Kurt Schuschnigg](#).

Die Politik des Ständestaates zielte darauf, Österreich als den *besseren deutschen Staat* darzustellen. In der Tat war Österreich die um vieles mildere Diktatur: Zahlreiche von den Nazis verfolgte Menschen, vor allem Schauspieler und Schriftsteller, suchten 1934–1938 in Österreich Zuflucht. Im äußeren Erscheinungsbild kopierte das Regime (dies wurde später *Konkurrenzfaschismus* genannt) Elemente aus dem faschistischen Italien und aus dem nationalsozialistischen Deutschland: Aufmärsche mit einem Fahnenmeer, die Einheitsorganisation *Vaterländische Front*, das [Führerprinzip](#), das Verbot der Parteien.

Hatte Hitler beim Juliputsch noch den Unbeteiligten gespielt, weil [Mussolini](#) Österreich damals noch unabhängig erhalten wollte, so verstärkte sich der Druck des Dritten Reiches auf Österreich nach 1934 von Jahr zu Jahr. Schuschnigg wurde bei Treffen von Hitler eingeschüchtert und erpresst, *nationale* (= deutschnationale) Minister in seine Regierung aufzunehmen. Als der Kanzler im März 1938 in einem Verzweiflungsakt eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs ankündigte, erzwang [Göring](#) durch telefonische Drohungen von Bundespräsident Miklas die Einsetzung einer NS-Regierung. Parallel zu deren Amtsantritt am 12. März 1938 fand der längst vorbereitete Einmarsch der deutschen Truppen (*Sonderfall Otto*) statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten mancherorts, z. B. in [Graz](#), die einheimischen Nazis bereits die Macht ergriffen. Am 13. März 1938 erließ Hitler, von der Begeisterung seiner österreichischen Anhänger motiviert, das ursprünglich von ihm nicht für diesen Zeitpunkt vorgesehene Anschlussgesetz. Sofort begann der Terror gegen jüdische Österreicher, der auch in sogenannten „[Arisierungen](#)“, das heißt dem Raub an jüdischem Eigentum, seinen Ausdruck fand.

[Drittes Reich \(1938–1945\)](#)

→ *Hauptartikel: [Österreich in der Zeit des Nationalsozialismus](#)*

Österreich blieb im Reich zunächst als Land erhalten, am 21. April 1939 wurden dann aber die ehemaligen Bundesländer und Wien durch Gesetz zu nationalsozialistischen [Reichsgauen](#) umgebildet, der Name Österreich sollte verschwinden. Dabei wurde das [Burgenland](#) zwischen den Gauen [Niederdonau](#) und [Steiermark](#) aufgeteilt, [Osttirol](#) an den Gau [Kärnten](#) angeschlossen und der steirische Teil des [Salzkammerguts](#) zum Gau [Oberdonau](#) geschlagen. [Wiens](#) Fläche wurde auf Kosten des Umlandes verdreifacht ([Groß-Wien](#)).

Österreich wurde als „Ostmark“ und bald danach als „Alpen- und Donaugau“ bezeichnet. Der gebürtige Österreicher Adolf Hitler führte nach seinem beruflichen Scheitern in seinem Heimatland und seiner politischen Karriere in Deutschland Österreich in die nationalsozialistische Willkürherrschaft und ließ in der Folge alle Hinweise auf eine Eigenständigkeit des Landes tilgen. Der 1939 ausgebrochene Zweite Weltkrieg endete schließlich mit dem Untergang des Dritten Reiches (vgl. [Chronologie Zweiter Weltkrieg](#)).

1938 wurde das *Doppellagersystem Mauthausen/Gusen* errichtet, welches das [KZ Mauthausen](#) und [KZ Gusen](#) umfasste. Im Laufe der Jahre wurde diesem Lagersystem ein [Netz von Außenstellen](#) angeschlossen, das sich über ganz Österreich erstreckte. Aus ganz Europa wurden in diesen Konzentrationslagern [Zwangsarbeiter](#) unter unmenschlichen Bedingungen u.a. in der Rüstungsproduktion und im Straßenbau eingesetzt. Allein in Mauthausen kamen etwa 100.000 Häftlinge ums Leben.

Nachkriegszeit und Zweite Republik

→ Hauptartikel: [Besetztes Nachkriegsösterreich](#) und [Geschichte Österreichs](#)

Mit dem Kriegsende 1945, der Niederlage des [Großdeutschen Reiches](#), wurde Österreich als unabhängiger Staat wiederhergestellt. Dies hatten die späteren Siegermächte bereits 1943 in der [Moskauer Deklaration](#) angekündigt. Bereits am 27. April trat eine provisorische Staatsregierung mit [Karl Renner](#) als Staatskanzler zusammen und proklamierte die Wiedererrichtung der (Zweiten) Republik. Bald darauf wurde die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 in der Fassung von 1929 durch das *Verfassungsüberleitungsgesetz* wieder in Geltung gesetzt. Ausnahme waren Bestimmungen, die die Umwandlung des Bundesrates in einen Länder- und Ständerat vorsahen. Österreich gewann damit den Status einer gewaltenteilenden, repräsentativen, parlamentarischen und föderalistischen Demokratie zurück.

Die Volkswahl des Bundespräsidenten wurde, wie schon 1932, sistiert und Karl Renner von der Bundesversammlung gewählt. Nach Renners Tod wurde [Theodor Körner](#) als Kandidat der [SPÖ](#) am 27. Mai 1951 zum Bundespräsidenten gewählt. Dies war somit die erste Volkswahl eines Staatsoberhauptes in der österreichischen Geschichte.

Von 1945 bis 1947 wird Österreich nach dem Willen der Besatzungsmächte durch eine Allparteienregierung ([ÖVP](#), [SPÖ](#), [KPÖ](#)) regiert. Ab 19. November 1947 bilden ÖVP und SPÖ eine große Koalition. Diese wird bis 1966 fortgeführt.

Den meisten im Land gebliebenen Österreichern, wenige Jahre vorher großteils noch Hitler-loyale Deutsche, wurde es ab 1945 leicht gemacht, sich vom besiegten Deutschland zu distanzieren. Die [Alliierten](#) hatten doch 1943 Österreich als „erstes Opfer Hitlers“ bezeichnet. Gemäß dieser Interpretation weigerte sich die Bundesregierung auch lange der [Restitution](#) geraubten Vermögens nachzukommen – sie ist daher bis heute nicht abgeschlossen.

Bis 1955 war Österreich, wie auch Nachkriegs-Deutschland, in [Besatzungszonen](#) aufgeteilt. Die größte Zone war die [sowjetische](#), zu der [Oberösterreich](#) nördlich der Donau ([Mühlviertel](#)), [Niederösterreich](#) in den Grenzen von 1937 (d. h. vor der Errichtung [Groß-Wiens](#)), das wieder errichtete [Burgenland](#) und in [Wien](#) die Bezirke 2, 4, 10, 20, 21 und 22 gehörten.

Die *Russen*, wie sie noch heute genannt werden, obwohl zur [Roten Armee](#) auch viele Soldaten anderer Nationalitäten der Sowjetunion gehörten, konzentrierten als *Deutsches Eigentum* beschlagnahmte Betriebe in ihrem [USIA](#) genannten Konzern, der gemäß den Beschlüssen der [Potsdamer Konferenz](#) in der zugeteilten Zone [Reparationen](#) eintrieb. An der [Enns](#), Zonengrenze

zum von den USA besetzten Oberösterreich südlich der Donau, führten sie strenge Personenkontrollen durch. In einigen Fällen wurden Österreicher von dort direkt nach Sibirien verbracht.

Mit der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 durch die [Bundesregierung](#) und Vertreter der Siegermächte und mit dem formal davon unabhängigen (also im Staatsvertrag nicht verankerten) Bekenntnis zur [Neutralität](#) sowie der Verpflichtung, keinen erneuten Anschluss an Deutschland anzustreben, erlangte die Republik ihre volle [Souveränität](#) am 27. Juli 1955.

Am 26. Oktober 1955, nach dem Abzug der Besatzungssoldaten, erfolgte vom Nationalrat der Beschluss über die Immerwährende Neutralität Österreichs, dieser Tag ist seit 1965 österreichischer [Nationalfeiertag](#). Die Neutralität (heute besser: Bündnisfreiheit) ist eine militärische und bedeutete von Anfang an keine Äquidistanz zu den Wertesystemen von West und Ost; dies wurde 1956 beim [ungarischen Aufstand gegen das kommunistische Regime](#) bewiesen, ebenso 1968, als Truppen des [Warschauer Paktes](#) die Tschechoslowakei besetzten. Bedingt durch die Neutralität konnten sowohl mit den westlichen Ländern als auch mit den damaligen [Ostblockländern](#) gute kulturelle und wirtschaftliche Bande geknüpft werden, was dem Land in der Zeit des Wiederaufbaues noch lange half.

Am 14. Dezember 1955 trat Österreich der [UNO](#) bei und war 1973–74 sowie 1991–92 Mitglied des [Sicherheitsrates](#). Bereits 1956/57 nahm die IAEO, die [Internationale Atomenergieorganisation](#), ihren Sitz in Wien auf, 1969 kam die [UNIDO](#), die UN-Organisation für industrielle Entwicklung dazu, später folgten weitere UN-Agenturen.

Den Konflikt mit [Italien](#) wegen des mehrheitlich deutschsprachigen [Südtirol](#), das bis 1918 zu [Österreich](#) gehört hatte und von Italien nach dem [Ersten Weltkrieg](#) annektiert wurde, brachte Österreich in den sechziger Jahren vor die UNO. Die in der Folge (1969) für die Südtiroler Bevölkerung erreichte Autonomieregelung hat sich bewährt und wurde seither noch weiter ausgebaut.

1966 bis 1970 Alleinregierung der christdemokratischen ÖVP unter Josef Klaus.

1970 bis 1983 sozialistische Alleinregierung unter [Bruno Kreisky](#). Bedeutend für die 1970er Jahre ist die internationale Einbindung und Bedeutung Österreichs, die sich unter anderem durch den Bau der Wiener [UNO-City](#) und die Internationalisierung der [Palästinenserfrage](#), die Kreisky erstmals vor die UNO bringt.

1978 fand die Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des [Kernkraftwerks Zwentendorf](#) statt – Österreich produziert bis heute keinen [Atomstrom](#).

1979 wurde Wien nach der Fertigstellung seiner [UNO-City](#) offiziell dritter Amtssitz der UN neben New York und Genf. Unabhängig davon siedelte sich die [OPEC](#) in Wien an.

1983 bis 1986 kleine Koalition der Sozialdemokraten (SPÖ) mit der damals nationalliberalen FPÖ (Freiheitliche Partei) unter Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ). Nach der Wahl des Rechtspolitikers Jörg Haider zum Parteiobmann der FPÖ wurde die Koalition beendet.

Von 1987 bis 1999 große Koalition der Sozialdemokraten (SPÖ) mit der christdemokratischen ÖVP (Bundeskanzler [Franz Vranitzky](#) und [Viktor Klima](#), beide SPÖ). In diesen Zeitraum fiel der Beitritt Österreichs zur [Europäischen Union](#) (1995).

Gegenwart

Seit der Öffnung der Grenzen des früheren Ostblocks 1989/1990 ist Österreich nun nicht mehr an der Ostgrenze des freien Europas, es kam zu verstärkten Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen in den Reformländern. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden Menschen aus den jugoslawischen Bürgerkriegsländern verstärkt in Österreich aufgenommen.

Nach dem Ende des [Kalten Krieges](#) 1991 wurde die Neutralitätspolitik gelockert. Diese hat sich mit dem nach einer Volksabstimmung erfolgten Beitritt zur [Europäischen Union](#) am 1. Jänner 1995 stark verändert. Der Begriff Neutralität ist auf Grund der unterzeichneten EU-Verträge im Wesentlichen nur mehr in der Innenpolitik verwendbar; de facto hat Österreich als Vollmitglied der EU, die eine gemeinsame Verteidigungspolitik anpeilt, diesem Vorhaben zugestimmt und kann daher nicht mehr neutral oder bündnisfrei sein.

Österreich hatte in der zweiten Hälfte 1998 sowie in der ersten Hälfte 2006 die [Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union](#) inne. 1999 wurde der [Euro](#) als [Buchgeld](#) eingeführt, ab 1. Jänner 2002 ersetzte der Euro auch als Bargeld den [Schilling](#).

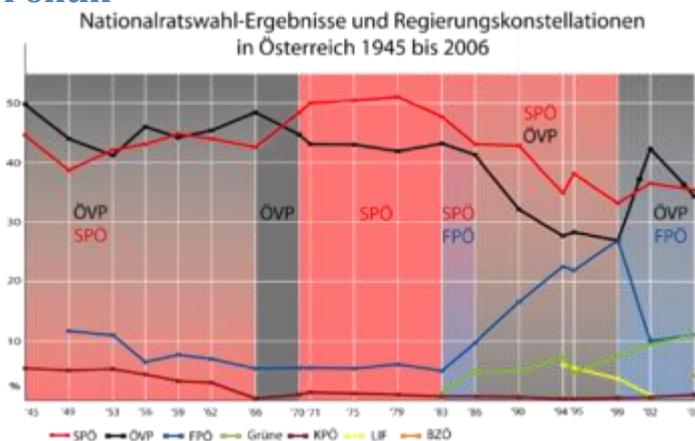
Die SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierungen 1986–2000 wurden 2000–2006 von einer Regierung der Österreichischen Volkspartei ([ÖVP](#)) mit der Freiheitlichen Partei Österreichs ([FPÖ](#)) unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) abgelöst. Nach der Spaltung der FPÖ wurde das neugegründete Bündnis Zukunft Österreich ([BZÖ](#)) Regierungspartner.

Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 erreichten die Sozialdemokraten (SPÖ) eine relative Mehrheit; im Jänner 2007 wurde eine Große Koalition unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) und Vizekanzler Wilhelm Molterer (ÖVP) gebildet.

Am 21. Dezember 2007 wurde der [Schengenraum](#) nach Osten erweitert. Der vollständige Wegfall der Grenzkontrollen zu [Tschechien](#), der [Slowakei](#), [Ungarn](#) und [Slowenien](#) ließ die letzten Reste des [Eisernen Vorhangs](#) verschwinden, der die Entwicklung Ostösterreichs 1945–1989 beeinträchtigt hat.

Am 7. Juli 2008 kündigte die ÖVP die Koalition mit der SPÖ auf und forderte Neuwahlen ein. Die [Nationalratswahlen](#) werden am 28. September 2008 abgehalten.

Politik



Wahl-Ergebnisse in Österreich seit 1945, als Hintergrundfarben die Regierungskoalitionen

→ Hauptartikel: [Politisches System Österreichs](#)

Siehe auch: [Politische Parteien in Österreich](#), [Endogene Regionalentwicklung](#), [Bundesverfassung \(Österreich\)](#)

System

Österreich ist nach der [Bundesverfassung](#) von 1920 in der Fassung von 1929, die 1945 wieder in Kraft gesetzt wurde, eine [föderale](#), parlamentarisch-demokratische [Republik](#), bestehend aus neun [Bundesländern](#). [Staatsoberhaupt](#) ist der [Bundespräsident](#), der (laut Verfassungsnovelle 1929) für 6 Jahre direkt vom Volk gewählt wird.

Regierungschef ist der [Bundeskanzler](#), der vom Bundespräsidenten ernannt wird. Üblicherweise wird der Parteiohmann der stärksten Parlamentsfraktion mit der Regierungsbildung beauftragt. Dies ist aber keine Verfassungsregel. Der Bundespräsident muss bei der Bestellung des Bundeskanzlers nur darauf achten, dass dieser zum Regieren kein Misstrauensvotum im Nationalrat erhalten darf.

Die [Bundesregierung](#) wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernannt (wobei der Bundespräsident Vorschläge auch ablehnen kann). Spricht der [Nationalrat](#) der Regierung das Misstrauen aus, muss sie der Bundespräsident abberufen. Er kann die Regierung aber gem. Art. 70(1) B-VG auch von sich aus entlassen. Der Nationalrat kann vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung aufgelöst werden, worauf Neuwahlen auszuschreiben sind.

Institutionen

Das österreichische Parlament besteht aus zwei Kammern. Der Nationalrat mit seinen 183 Abgeordneten wird nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht von allen Staatsbürgern (auch im Ausland wohnenden) nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Seine Gesetzgebungsperiode dauert vier, seit 2007 fünf Jahre, wenn sie nicht vom Nationalrat selbst oder von Bundespräsident und Bundesregierung verkürzt wird, um frühere Neuwahlen zu ermöglichen. Der Nationalrat ist die dominierende Kammer der österreichischen [Gesetzgebung](#). Eine [4-Prozent-Hürde](#) verhindert eine zu große Zersplitterung der Parteienlandschaft im Nationalrat.

Der [Bundesrat](#) wird von den einzelnen [Landtagen](#) (den Parlamenten der Bundesländer) nach der Bevölkerungszahl beschickt. Er besitzt in den überwiegenden Fällen nur ein aufschiebendes [Vetorecht](#), das durch einen [Beharrungsbeschluss](#) des Nationalrates überstimmt werden kann. Nur in Fällen, in denen in die Rechte der Bundesländer eingegriffen wird, besitzt der Bundesrat ein absolutes Vetorecht. Landespolitiker würden den Bundesrat gern als gleichberechtigte zweite Kammer sehen wie den Schweizer Ständerat oder den Senat der Vereinigten Staaten; Kritiker hingegen halten den Bundesrat für überflüssig, da er nie nach Länder-, sondern immer nach Parteieninteressen abstimmt, wie es im Nationalrat der Fall ist.

Vom 1. Juli 2003 bis 31. Jänner 2005 tagte ein Verfassungskonvent („[Österreich-Konvent](#)“), der Vorschläge für eine Reform der österreichischen Bundesverfassung erarbeitete. Der Vorsitzende [Franz Fiedler](#) erarbeitete einen eigenen Schlussbericht, da über die zukünftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern keine Einigung erzielt wurde.

Politische Parteien

→ Hauptartikel: [Politische Parteien in Österreich](#). Siehe auch: [Wahlen in Österreich](#).

Seit der Gründung der [Republik Österreich](#) wird die Politik von zwei großen [Parteien](#), der christlich-konservativen Volkspartei [ÖVP](#) (vor dem [Zweiten Weltkrieg](#) unter dem Namen [Christlichsoziale Partei](#)) sowie der sozialdemokratischen [SPÖ](#) (vorher *Sozialistische Partei Österreichs*), geprägt. Beide entstanden schon während der Monarchie und wurden nach der Befreiung Wiens am Ende des Zweiten Weltkrieges im April 1945 neu bzw. wieder gegründet. Von 1945–1966 und 1986–1999 regierten diese beiden Parteien trotz ihrer weltanschaulichen Gegensätze in einer Großen Koalition. Die positiven Auswirkungen dieser Kooperation wurden unter dem Begriff der [Sozialpartnerschaft](#), die negativen als parteipolitischer [Proporz](#) thematisiert.

Drittes, allerdings wesentlich kleineres parteipolitisches Kontinuum ist das [deutschnationale](#) Lager, welches sich in der ersten Republik vor allem in der [Großdeutschen Volkspartei](#), in der zweiten Republik im VdU (Verband der Unabhängigen), danach in der [FPÖ](#), der Freiheitlichen Partei Österreichs, sammelte. In den ersten Jahren der Zweiten Republik spielte auch die Kommunistische Partei Österreichs ([KPÖ](#)) eine Rolle in der Politik des Landes, seit den 60er Jahren ist sie jedoch als Kleinstpartei auf Bundesebene relativ bedeutungslos. Bei regionalen Wahlen, wie z. B. in [Graz](#), erreicht sie aber auch heute noch nennenswerte Stimmanteile. In den 1980er Jahren brach das starre, manchmal auch als *hyperstabil* bezeichnete Parteiensystem (mit einer der höchsten Dichten an Parteimitgliedern weltweit) auf. Einerseits durch den Eintritt der Partei der [Grünen](#) auf der linken Seite des Parteienspektrums, andererseits durch die Neupositionierung der [FPÖ](#) als [rechtspopulistische](#) Partei. Von ihr spaltete sich 1993 das [Liberale Forum](#) ab, das allerdings bald wieder von der politischen Bühne verschwinden sollte. Im Jahr 2005 erlebte die FPÖ mit der Gründung des Bündnisses Zukunft Österreich ([BZÖ](#)) ihre zweite Spaltung.

Am 11. Jänner 2007 wurde eine [Koalitionsregierung](#) von SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler [Alfred Gusenbauer](#) angelobt (siehe [Bundesregierung Gusenbauer](#)). Vizekanzler wurde [Wilhelm Molterer](#).

Rechtswesen

Das Österreichische [Bundesverfassungsrecht](#) ist zersplittert, da es, im Gegensatz zu Verfassungskodifikationen anderer Staaten, kein Inkorporationsgebot gibt. Dieses bestimmt, dass nur materielle Verfassungsbestimmungen in den Verfassungsbestand aufgenommen werden dürfen, also nur solche Gesetze Eingang in die Verfassungsurkunde finden, die auch wirklich die verfassungsmäßige Staatsordnung begründen. Als zentrales Verfassungsdokument kann das [Bundes-Verfassungsgesetz](#) vom 1. Oktober 1920 angesehen werden, welches gewissermaßen den „Kern“ des Bundesverfassungsrechts bildet. Zudem gibt es noch Verfassungsgesetze, die auch im materiellen Sinn zum Verfassungsrecht gehören, aber außerhalb des B-VG stehen, wie etwa das [Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger](#) vom 21. Dezember 1867 oder die [Europäische Menschenrechtskonvention](#) vom 4. November 1950 die in etwa einem Grundrechtskatalog entsprechen, der im B-VG selbst fehlt. Das [Verbotsgesetz 1947](#), das Finanz-Verfassungsgesetz vom 21. Jänner 1948, das [Neutralitätsgesetz](#) vom 26. Oktober 1955 und das 1994 beschlossene Verfassungsgesetz über den EU-Beitritt am 1. Jänner 1995 sind ebenfalls wichtige Gesetze im Verfassungsrang. Daneben bestehen noch mehr als 1.300 rein formelle Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen in einfachen Gesetzen sowie Staatsverträge im Verfassungsrang. Am 5. Dezember 2007 hat der Nationalrat das erste

Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz beschlossen, das etliche dieser Bestimmungen aus dem Verfassungsbestand tilgt.

Die zentrale [Privatrechtskodifikation](#) Österreichs, das [Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch](#) vom 1. Juni 1811 (ABGB) (in Kraft getreten am 1. Jänner 1812), ist eine [Nurrechtskodifikation](#), die 1914–1916 unter Einfluss der [Historischen Rechtsschule](#) tiefgreifend novelliert wurde. Weit reichende Änderungen erfolgten dann erst wieder ab 1970, insbesondere im Familienrecht. Große Bereiche des Privatrechts sind allerdings außerhalb des ABGB geregelt, wobei viele dieser Sondergesetze im Zuge des „[Anschlusses](#)“ 1938 aus [Deutschland](#) in Österreich eingeführt wurden und nach 1945 in gegebenenfalls [entnazifizierter](#) Fassung in Österreich beibehalten wurden; so etwa das [Ehegesetz](#) (EheG), das [Unternehmensgesetzbuch](#) (UGB) und das Aktiengesetz (AktG).

Das Österreichische [Strafrecht](#) ist in modernen Kodifikationen wie etwa dem [Strafgesetzbuch \(StGB\)](#) vom 23. Jänner 1974 oder der [Strafprozessordnung \(StPO\)](#) vom 31. Dezember 1975 geregelt. Das StGB kennt außer Strafen auch „[vorbeugende Maßnahmen](#)“. Sowohl Strafen als auch Maßnahmen dürfen nur wegen einer Tat verhängt werden, die schon zur Zeit ihrer Begehung mit Strafe bedroht war (Verwirklichung des Rückwirkungsverbotes im Strafrecht: *Nulla poena sine lege*, § 1 StGB). Die [Todesstrafe](#) ist im ordentlichen Verfahren seit 1950, im außerordentlichen Verfahren seit 1968 abgeschafft.

Insbesondere Wirtschafts-, Unternehmens- und Kapitalrecht sind durch die 1995 erfolgte Übernahme des „Acquis communautaire“, des gemeinsamen Rechtsbestandes der EU, und durch die seit dem EU-Beitritt unter Mitwirkung Österreichs erlassenen EU-Richtlinien (= Rahmengesetze) und EU-Verordnungen (= direkt anwendbare Gesetze) sowie durch Letztentscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) beeinflusst. Im Zweifelsfall hat das Gemeinschaftsrecht Vorrang. Lediglich bei den sogenannten Baugesetzen der Verfassung, zu deren Änderung eine Volksabstimmung notwendig ist, wird von einer Höherrangigkeit Österreichischen Rechts ausgegangen. Österreich hat – wie insgesamt 18 von 27 Mitgliedsstaaten – den EU-Verfassungsvertrag ratifiziert; da die nötige Einstimmigkeit aller Mitgliedsstaaten dafür nicht zu erreichen war, wurde im Herbst 2007 der „Vertrag von Lissabon“ abgeschlossen, der die wesentlichsten „Verfassungsbestimmungen“ enthält, ohne sie als solche zu bezeichnen, und der auf Symbole der Staatlichkeit der EU verzichtet.

Die Gerichtsbarkeit ist in Österreich ausschließlich Angelegenheit des Bundes. Sie wird in Zivilrechts- und Strafrechtssachen von *Bezirksgerichten*, *Landesgerichten*, *Oberlandesgerichten* und dem [Obersten Gerichtshof](#) als höchster Instanz wahrgenommen. Die Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts wird vom [Verwaltungsgerichtshof](#) und vom [Verfassungsgerichtshof](#) wahrgenommen.

Siehe auch: [Gerichtsorganisation in Österreich](#), [Justizanstalt](#)

Militärwesen

→ *Hauptartikel:* [Österreichische Militärgeschichte](#)

Die militärische Landesverteidigung fußt auf der allgemeinen [Wehrpflicht](#) aller männlichen Staatsbürger im Alter von 17 bis 50 Jahren. Frauen können einen freiwilligen [Wehrdienst](#) ableisten. [Österreichs Bundesheer](#) besteht aus ca. 35.000 Mann im Präsenzstand und ca. 75.000 Mann der [Miliz](#). Der [Präsenzdienst](#) dauerte bis zum 1. Jänner 2006 acht Monate und seither sechs Monate. Das Militärbudget zählt mit 0,71 % des [BIP](#) – rund 1,810 Milliarden Euro – zu den geringsten der Welt.

Seit 1974 können Wehrpflichtige, die einen Wehrdienst aus Gewissensgründen ablehnen, einen [Zivildienst](#) (Wehrersatzdienst) ableisten. Dieser dauert seit 1. Jänner 2006 neun Monate und kann auch im Ausland als Friedens-, Gedenk- oder Sozialdienst abgeleistet werden, wo er jedoch 12 Monate dauert und entgeltlos sein muss.

Finanzpolitik

Anteile am Bruttosozialprodukt und der Erwerbstätigkeit:

Der Bundeshaushalt 2005 sieht bei Ausgaben in Höhe von 64,001 Mrd. EUR Einnahmen von 58,866 Mrd. EUR vor, so dass sich ein Defizit in Höhe von 5,135 Mrd. EUR oder 2,1 % des BIP ergibt. Durch unerwartet höhere Steuereinnahmen wird das Defizit jedoch voraussichtlich nur 1,6 bis 1,7 % des [Bruttoinlandsproduktes](#) betragen.

Die Verschuldung des Gesamtstaates einschließlich [Parafisken](#) erreichte 2005 ihren bisher höchsten Stand mit 154,86 Mrd. EUR, danach sollen die Schulden über 154,5 (2006) auf 154,2 Mrd. EUR (2007) zurückgeführt werden.

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Staatsverschuldung	66,5 %	65,6 %	66,1 %	65,9 %	64,7 %	63,8 %	63,5 %	61,8 %	59,2 %	57,6 %

Quelle: Österreichische Nationalbank (Stand: 30. Juni 2008) ^[10]

Die [Schuldenstandsquote](#) Österreichs sank in den letzten Jahren stetig von 66,5 % des [BIP](#) im Jahr 1999 auf unter 60 % im Jahr 2007. Dadurch wurde das [Maastricht-Ziel](#) von höchstens 60 % erstmals seit 1992 – vor dem Beitritt zur EU 1995 – wieder erreicht. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts betrug der Wert 69,2 %. Der Grund für das Absinken der Verschuldungsquote ist der stetige Anstieg des [Bruttoinlandsproduktes](#), was wiederum zu einem großen Teil auf die starken Exportzuwächse seit dem EU-Beitritt, und noch mehr seit der [EU-Osterweiterung](#), zurückzuführen ist.

Der aktuelle Budgetplan (März 2007) der rot-schwarzen Regierung Gusenbauer sieht ein Nulldefizit für frühestens 2010 vor, bis dahin soll das Defizit auf unter ein Prozent des BIP gedrückt werden.

Sicherheit und Neutralität

Österreich gilt grundsätzlich als eines der sichersten Länder weltweit. Das Land ist, ausgenommen die [Schweiz](#) und [Liechtenstein](#), nur von Mitgliedstaaten der Europäischen Union umgeben. Das sicherheitspolitische Szenario konzentriert sich daher auf Terrorabwehr und auf internationale Einsätze des Heeres im Rahmen der [EU](#) und der [UNO](#).

Die Republik hat 1955 – wie sie es der [Sowjetunion](#) zur Erlangung des [Österreichischen Staatsvertrages](#) versprochen hatte – per Verfassungsgesetz die [immerwährende Neutralität](#) beschlossen, diese aber bereits anfangs großzügiger interpretiert als die Schweiz. (Österreich wurde 1955 Mitglied der UNO, die Schweiz 2002.)

Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 beschloss Österreich mit dem neuen Artikel 23f Bundes-Verfassungsgesetz eine rechtliche Basis zur Teilnahme an friedenserhaltenden Maßnahmen. Daher nimmt das Land am [NATO](#)-Programm [Partnership for Peace](#) (PfP) teil, das

keine Beistandspflicht enthält, sodass auch andere bündnisfreie bzw. neutrale Länder wie [Schweden](#) oder die [Schweiz](#) an PfP mitwirken können.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union erfolgte 1995 mit dem innenpolitischen Argument, man gehe „als neutrales Land in die EU“. In der [Westeuropäischen Union](#) (dem militärischen Beistandspakt der EU) hat Österreich Beobachterstatus, so wie etwa das neutrale [Schweden](#). Später hat sich Österreich dazu entschlossen, die [Petersberg-Aufgaben](#) und weitere Beschlüsse im Rahmen der [europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik](#) (ESVP) sowie der [gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik](#) (GASP) der EU mitzutragen und lediglich explizit militärische Bündnisse zu vermeiden. Die weiteren Entwicklungen rund um ESVP und GASP innerhalb der EU sind offen und könnten zu weiteren Herausforderungen an neutrale EU-Staaten wie Österreich oder Schweden führen.

Obwohl die Neutralität somit nach Einschätzung mancher zu einer teilweisen militärischen Bündnisfreiheit und dem Verbot der Stationierung fremder Truppen in Österreich geschrumpft ist, gilt sie in Österreich nach wie vor als wichtiger politischer Wert, ihre Beibehaltung wird von der Bevölkerungsmehrheit deutlich befürwortet. Auch die politische Neutralität Österreichs wird dabei immer wieder betont, etwa als sich SPÖ-Verteidigungsminister Darabos in diesem Sinne gegen den geplanten US-Raketenschild in Osteuropa aussprach. Die [ÖVP](#), die in den 1990er-Jahren offensiv für den NATO-Beitritt eintrat ^[11] hat in der Zeit der Schüssel-Regierung auch eine entsprechende NATO-Beitrittsoption in die offizielle österreichische Sicherheitsdoktrin aufgenommen – und sich in der großen Koalition bisher gegen die Streichung dieser NATO-Option ausgesprochen. Die [SPÖ](#), die in den 1990er-Jahren als größere Regierungspartei den EU-Beitritt maßgeblich vorangetrieben hat, tritt weiterhin für die Beibehaltung der Neutralität Österreichs in der EU ein, etwa im Rahmen einer sog. *Sonderrolle* gemeinsam mit anderen neutralen bzw. blockfreien EU-Staaten (z. B. Schweden).

Die formelle Aufhebung des Bundesverfassungsgesetzes über die immerwährende Neutralität würde eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erfordern und steht daher nicht zur Debatte. Außerdem gibt es unter österreichischen Verfassungsjuristen unterschiedliche Einschätzungen zu der Frage, ob die Neutralität einen so wesentlichen Bestandteil der Verfassung der 2. Republik darstellt, dass im Falle ihrer Abschaffung eine Volksabstimmung zwingend notwendig ist.

Außenpolitik

→ Hauptartikel: [Außenpolitik Österreichs](#)

Die Ressortzuständigkeit für die [Außenpolitik](#) liegt in der österreichischen Regierung beim [Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten](#).

Österreich sah sich, auch im Zusammenhang mit seiner [Neutralität](#), ab der Mitte des 20. Jahrhunderts gerne an der Schnittstelle zweier einander gegenüberstehenden Großmächte – des Westens und des Ostens Europas. Die Außenpolitik bestand demnach oft darin, zur Stabilität der Region und zur kooperativen Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen beizutragen. Dieses Konzept ist mit dem Auseinanderfallen des Ostblocks hinfällig geworden. 1995 wurde Österreich Mitglied der Europäischen Union; es ist heute de facto weder neutral noch militärisch bündnisfrei. Mit der NATO arbeitet Österreich in der [Partnerschaft für den Frieden](#) zusammen.

Wien ist neben [New York](#) und [Genf](#) dritter Amtssitz des Sekretariats der [Vereinten Nationen](#) und misst daher diesem außenpolitischen Element traditionell einen großen Stellenwert bei. Insgesamt dienten bisher über 50.000 Österreicher unter der UN-Flagge als Soldaten, Militärbeobachter, Zivilpolizisten und zivile Experten in aller Welt. Neben den UN-Stellen gibt

es in Wien noch eine Reihe weiterer internationaler Organisationen. Dazu gehören die [Internationale Atomenergieorganisation](#) (IAEO, seit 1957 in Wien), die [Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa](#) (OSZE), der Sitz der 1960 in Bagdad gegründeten [OPEC](#) (Organization of the Petroleum Exporting Countries) sowie eine Reihe von [Nichtregierungsorganisationen](#) (NGOs).

Centrope & Twin Cities

→ *Hauptartikel:* [Centrope](#)

Die Bundesländer [Wien](#), [Niederösterreich](#) und [Burgenland](#) bilden mit Regionen aus dem südlichen [Tschechien](#), der westlichen [Slowakei](#) und West-[Ungarn](#) die [Europaregion Mitte](#). Rückgrat dieser Region sind die beiden [Zwillingsstädte](#) Wien und [Bratislava](#). Ziel ist die Zusammenarbeit im Wirtschafts-, Infrastruktur-, Bildungs- und Kulturbereich. Die Region umfasst rund 6 Millionen Einwohner. Durch den Ausbau der Infrastruktur vergrößert sich das Einzugsgebiet auf 11,3 Millionen Einwohner.

Der Ausbau in den nächsten Jahren konzentriert sich vor allem auf die Region der Zwillingsstädte. Ziel ist, die Achse Wien-Bratislava zum erstrangigen Verkehrsknotenpunkt Zentraleuropas zu entwickeln und einen Korridor nach [Asien](#) zu schaffen. Neben neuen Straßenverbindungen zwischen Wien und Bratislava ([A6](#), [S8](#)) und dem Regionering um Wien wird hauptsächlich auf Schienen-, Luft- und Wasserwege gesetzt. Das Konzept des Flughafens Wien, durch Ankauf der Mehrheit am Flughafen Bratislava die Voraussetzungen für ein gemeinsames Flughafensystem beider Städte zu schaffen, wurde allerdings von der neuen slowakischen Regierung nicht goutiert: Sie bleibt Mehrheitseigentümerin und wünscht sich eine Kooperation der beiden Flughäfen ohne Änderung der Besitzverhältnisse.

In Diskussion ist eine Anbindung an die breitspurige [Transsibirische Eisenbahn](#), die ihre westlichen Endpunkte derzeit in Polen, der Ostslowakei und Ungarn hat. Der Ausbau des Donauwasserweges bis zum [Schwarzen Meer](#) ist ein wichtiges Anliegen, Umweltschützer erheben allerdings gegen die geplante Vertiefung der Donau zwischen Wien und Bratislava ökologische Einwände.

Diese Infrastrukturvorhaben würden den Güteraustausch zwischen Europa und Asien sehr erleichtern und eine interessante Alternative zum Seeweg über die in Randlage befindlichen Containerhäfen [Rotterdam](#) und [Hamburg](#) bieten. Ein Ausbau des [rumänischen](#) Seehafens [Constanța](#) würde ebenfalls eine stark verkürzte Transportzeit über die [Donau](#) nach Mitteleuropa und auch darüber hinaus ermöglichen.

Euregio Graz-Maribor

→ *Hauptartikel:* [Euregio Graz-Maribor](#)

Das Gebiet umfasst die südliche Steiermark und das nördliche Slowenien. In der Region leben ca. 1,61 Millionen Menschen. Durch bilaterale Zusammenarbeit soll ein starker Wirtschaftsraum entstehen. Es wird aber auch im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich zusammengearbeitet.

Klimaschutzpolitik

Im März 2007 wurde vom [Ministerrat](#) die [Österreichische Klimastrategie](#) beschlossen, um bis 2012 die Ziele des [Kyoto-Protokolls](#) zu erreichen, die dem [Klimawandel](#), von dem der Alpenraum in besonderem Maße betroffen ist, entgegenwirken sollen.

Einer der wichtigsten Bestandteile des [Umweltschutzes](#) ist der [Klimaschutz](#). Deshalb ist es für das [Lebensministerium](#) als zuständige Einrichtung der Bundesregierung eine der wichtigsten Aufgaben, die Klimastrategie durchzusetzen.

Das [Umweltbundesamt](#) ist die Fachstelle der Republik Österreich für Umweltschutz und Umweltkontrolle. In dieser Eigenschaft unterstützt das Umweltbundesamt die Bundesregierung bei der Durchsetzung der Klimastrategie.

[klima:aktiv](#) ist die Initiative des Lebensministeriums für aktiven Klimaschutz und Teil der Österreichischen Klimastrategie. Eine Vielzahl von klima:aktiv-Programmen gibt aktiv Impulse für Angebot und Nachfrage nach klimaschonenden [Technologien](#) und [Dienstleistungen](#).

Der [Austrian Council on Climate Change](#) (ACCC) ist der Österreichische Klimabeirat. Der ACCC stellt sich besonders als [Informationsportal](#) der nationalen und internationalen Klimapolitik und -[forschung](#) dar in [Kooperation](#) mit dem Lebensministerium und dem Umweltbundesamt.

Das [Klimabündnis Österreich](#) hat das Ziel, die [indigenen Völker](#) zu unterstützen. Das Klimabündnis Österreich besteht aus Gemeinden und Städten, allen 9 Bundesländern, Schulen, Bildungseinrichtungen und Betrieben sowie der [COICA](#), einem Zusammenschluss [indianischer](#) Organisationen im [Amazonasraum](#).

Die [erneuerbaren Energien](#) waren in Österreich seit Jahrzehnten das Rückgrat der [Stromerzeugung](#). Bis 1997 kamen 2/3 der Stromerzeugung aus der Wasserkraft. Bis zum Jahre 2010 soll die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien eine Quote von 78,1 Prozent erreichen. Der Anteil des [Ökostroms](#) soll bis zum Jahre 2010 auf 10 Prozent erhöht werden.^[12] Diese Zielvorgaben sind aus heutiger Sicht jedoch unrealistisch, da der Ökostromanteil kontinuierlich sinkt^{[13] [14] [15]}. Die EU (Abteilung DG Tren) hat daher ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich aufgrund des sinkenden Ökostromanteils eröffnet^[16]. Nicht zuletzt durch die Ökostromnovelle vom Mai 2006, seit der (Stand Juli 2007) kein einziges Windrad mehr gebaut wurde^[17].

Politische Persönlichkeiten

Bekannt österreichische Staatsmänner und Politiker sind unter anderem [Metternich](#), beim [Wiener Kongress](#) 1814/15 „Kutscher Europas“, [Franz Joseph I.](#), als Kaiser von Österreich und König von Ungarn langjähriges Oberhaupt der [Donaumonarchie](#), sein kurzzeitiger Nachfolger, [Karl I.](#), mit dem die Monarchie zu Ende ging, [Karl Renner](#), bei den Republikgründungen 1918 und 1945 in führender Position, die Nachkriegsbundeskanzler [Leopold Figl](#) und [Julius Raab](#), [Bruno Kreisky](#), bei Staatsmännern in aller Welt angesehen, und UN-Generalsekretär [Kurt Waldheim](#), später als Bundespräsident wegen seiner Erinnerungen an die deutsche Wehrmacht kritisiert.

Traurige Berühmtheit erlangte der gebürtige Österreicher und 1933 zum [nationalsozialistischen Diktator](#) des Deutschen Reiches aufgestiegene [Adolf Hitler](#). Friedenspolitisch intensiv tätig war [Bertha von Suttner](#), die als erste Frau 1905 Friedensnobelpreisträgerin wurde. Für die Einigung Europas setzte sich [Richard Coudenhove-Kalergi](#) ein, 1924 Gründer der [Paneuropa-Union](#).

Wirtschaft

→ Hauptartikel: [Wirtschaft Österreichs](#)

In Österreich waren 2001 3.420.788 Personen in 396.288 [Arbeitsstätten](#) beschäftigt. Die größte [Börse](#) in Österreich ist die [Wiener Börse](#), deren bedeutendster Index der [ATX](#) ist.

Bergbau



Erzberg

Der Bergbau hat in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. So wurden der Bleibergbau ([Bad Bleiberg](#)) eingestellt, wie auch die meisten Eisenerz- und Braunkohle-Bergbaue. Von Bedeutung sind noch der Abbau von Salz ([Salinen Austria](#) AG, 1.336 Tonnen [Steinsalz](#), 764.189 Tonnen [Sudsalz](#), alle Angaben für 2006), Eisenerz (2.091.995 Tonnen [Eisenerz](#) und [Eisenglimmer](#), fast ausschließlich vom [Erzberg](#)), [Magnesit](#) (769.188 Tonnen) Wolframerz (400.000 Tonnen 2006) sowie die Förderung von [Erdöl](#) (856.270 Tonnen) und [Erdgas](#) (1,76 Mrd m³n). Die Förderung von [Braunkohle](#) findet nur mehr an einem Standort statt (7.854 Tonnen 2006 im Vergleich zu 3,7 Millionen Tonnen 1970). Der Großteil der rund 5000 im Bergbau Beschäftigten arbeitet jedoch im Bereich der Stein-, Schotter- und Sandgruben.^[18]

Land- und Forstwirtschaft



Lärchenmischwald in Südösterreich

Etwa 85 % der Fläche Österreichs werden land- (45 %) und forstwirtschaftlich (40 %) genutzt. (1988)

Österreich hat eine sehr kleinstrukturierte [Landwirtschaft](#). Diese versucht sich verstärkt auf [Qualitätsprodukte](#) zu spezialisieren, da aufgrund der [EU-Erweiterung](#) der Konkurrenzdruck weiter zunimmt. Die österreichischen Bauern setzen verstärkt auf [Biologische Landwirtschaft](#): Mit einem Gesamtanteil von knapp 10 % hat Österreich die höchste Dichte von biologischen landwirtschaftlichen Betrieben in der [Europäischen Union](#). Das landwirtschaftlich wichtigste Gebiet im Anbau von Feldfrüchten ist das [Marchfeld](#) in der Nähe von Wien.

[Wein](#) ist ein wichtiges landwirtschaftliches [Exportprodukt](#) Österreichs. Der Hauptabnehmer des Weines ist, neben der [Schweiz](#) und den [USA](#), zu zwei Dritteln [Deutschland](#). Im Jahr 1985 wurde der Weinbau durch den [Glykolwein-Skandal](#) zwar stark in Mitleidenschaft gezogen, in der Zwischenzeit haben die Weinbauern ihre [Qualitätsweine](#) jedoch wieder so stark verbessert, dass wesentlich mehr Wein exportiert werden kann als vergleichsweise vor dem Skandal.

Durch die großen Waldflächen ist auch die [Forstwirtschaft](#) ein bedeutender Faktor, die auch die verarbeitende [Holz-](#) und [Papierindustrie](#) dementsprechend beliefert. Holz als Rohstoff wird vor allem in den südeuropäischen Raum exportiert.

[Jagd](#) und [Fischerei](#) dagegen sind eher unbedeutend und werden meist nur für den heimischen Markt oder als [Hobby](#) betrieben.

Tourismus



[Bregenzer Festspiele](#) Tosca 2007/2008

Der Tourismus stellt im Industrieland Österreich einen wichtigen Wirtschaftszweig dar.

Siehe auch: [Tourismus in Österreich](#)

Industrie



[Puch G](#) der [Steyr-Daimler-Puch](#) ein ehemaliges großes Unternehmen der Nachkriegszeit

Österreich verfügt über eine moderne und leistungsfähige [Industrie](#). Die Verstaatlichte Industrie wurde großteils [privatisiert](#) ([OMV AG](#), [Voestalpine AG](#), [VA Technologie AG](#), [Steyr Daimler Puch AG](#), [Austria Metall AG](#)). Steyr-Daimler-Puch wurde an den [Magna](#)-Konzern verkauft, VA Tech an die [Siemens AG](#), die Jenbacher Werke an [General Electric](#).

Dienstleistungen

Die Dienstleistungen machen in Österreich den größten Anteil der Wirtschaftsleistungen aus. Dies wird vor allem durch den Tourismus, den Handel und die Banken erzielt. Die [österreichischen Banken](#) profitieren noch heute vom sehr strengen österreichischen [Bankgeheimnis](#). Nach dem EU-Beitritt wurde die Anonymität der Sparkonten abgeschafft. Aufrecht bleibt aber, dass Konten durch Behörden nicht ohne ausdrückliche richterliche Anordnung geöffnet werden dürfen.

Siehe auch: [Tourismus in Österreich](#), [Liste österreichischer Eisenbahngesellschaften](#)

Bruttonsozialprodukt

Das [Bruttonsozialprodukt](#) Österreichs betrug im Jahr 2004 231,8 Mrd. [Euro](#). Das [Bruttoinlandsprodukt](#) (BIP) wurde im Vorjahr mit 235,1 Mrd. Euro beziffert, das entspricht einem BIP von ca. 28.880 Euro pro Einwohner. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, dass rund 5 % des BIP direkt oder indirekt mit dem Wintersport zusammenhängen.

Anteile am Bruttonsozialprodukt und der Erwerbstätigkeit:

	Bruttonsozialprodukt Beschäftigte	
Industrie	33 %	27 %
Landwirtschaft	2 %	1 %
Dienstleistungen	65 %	68 %

Arbeitslosigkeit

Im 1.Quartal waren in Österreich 175.000 Personen arbeitslos gemeldet, was nach nationalen Berechnungskriterien einer [Arbeitslosenquote](#) von 6,7 % entspricht (4,2 Prozent nach EU-Berechnung). Am stärksten ist der Dienstleistungssektor betroffen, besonders die Tourismuswirtschaft. Einschließlich der in Schulungen befindlichen Personen sind insgesamt rund 296.800 Personen ohne Arbeit. 93.600 arbeitslosen Männern stehen 81.600 Frauen gegenüber (*Stand: 1.Quartal 2008*). Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen (Personen unter 25 Jahren) lag im 1.Quartal 2008 bei 48.000.

Diese im europäischen Vergleich günstige Beschäftigungslage kommt bei einer ungewöhnlich niedrigen Zahl älterer Arbeitnehmer zustande: In Österreich stehen nur noch 40,7 % der 55 – 64-Jährigen in einem [Beschäftigungsverhältnis](#) (zum Vergleich: Deutschland 38,6 %, Schweden 68 %, Großbritannien 53,5 %). Die Zunahme der frühzeitigen Pensionierungen steht auch in einem – allerdings schwer zu beziffernden – Zusammenhang mit dem Personalabbau in Staatsunternehmen bzw. Unternehmen mit privatem Rechtsmantel, die dem Staat zur Gänze oder zu bedeutenden Teilen gehören.

Gesetzliche Feiertage

Siehe: [Feiertage in Österreich](#)

Wirtschaftskennzahlen

Die wichtigen Wirtschaftskennzahlen Bruttoinlandsprodukt, Inflation, Haushaltssaldo und Außenhandel entwickelten sich in den letzten Jahren folgendermaßen:

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), real										
in % gegenüber dem Vorjahr										
Jahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Veränderung	3,9	2,7	3,4	0,7	1,0	1,1	2,4	2,0	3,3	~ 2,5

in % gg. Vj.

Quelle: bfai [\[19\]](#)

~ = geschätzt

Entwicklung des BIP (nominal)

absolut (in Mrd. Euro)				je Einwohner (in Tsd. Euro)			
Jahr	2004	2005	2006	Jahr	2004	2005	2006
BIP in Mrd. Euro	237	245	~ 257	BIP je Einw. (in Tsd. Euro)	29,0	29,8	~ 30,4

Quelle: bfai [\[19\]](#)

Entwicklung der Inflationsrate

Entwicklung des Haushaltssaldos

in % gegenüber dem Vorjahr					in % des BIP („minus“ = Defizit im Staatshaushalt)				
Jahr	2003	2004	2005	2006	Jahr	2003	2004	2005	2006
Inflationsrate	1,3	2,1	2,3	~ 1,6	Haushalts- saldo	- 1,6	- 1,2	- 1,5	~ - 1,6

Quelle: bfai [\[19\]](#)

~ = geschätzt

Haupthandelspartner (2005)

Ausfuhr (in %) nach		Einfuhr (in %) von	
Deutschland	31,9	Deutschland	42,4
Italien	8,7	Italien	6,7
USA	5,7	Frankreich	4,1
Schweiz	4,6	USA	3,3
Frankreich	4,3	Tschechische Republik	3,3
sonstige Länder	44,8	sonstige Länder	40,2
alle EU-Länder zusammen	71,1	alle EU Länder zusammen	75,5

Quelle: bfai [\[19\]](#)

Entwicklung des Außenhandels

in Mrd. Euro und seine Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2003	2004	2005	2006
--	------	------	------	------

	Mrd. Euro	% gg. Vj.						
Einfuhr	80,9	5,0	91,1	12,5	96,5	5,9	106,9	10,8
Ausfuhr	78,9	1,9	89,8	13,9	94,7	5,4	106,8	12,7
Saldo	- 2,1		- 1,2		- 1,8		- 0,1	

Quelle: bfai ^[19]

Infrastruktur

Verkehr



A2 Südbahn

Die Verkehrsinfrastruktur ist geprägt einerseits durch die Lage in den [Alpen](#) und andererseits durch die zentrale Lage in Mitteleuropa. Dies gilt für Straßen- und Bahnverbindungen gleichermaßen. Die logistische Erschließung der Alpen erfordert viele [Tunnel-](#) und [Brückenbauten](#), die extremen Witterungsbedingungen standhalten müssen. Durch die zentrale Lage und die schmale Form gilt Österreich als typisches [Transitland](#), vor allem in Nord-Süd- und Nord-Südost-Richtung, durch die Öffnung des [Eisernen Vorhangs](#) auch in Ost-Westrichtung. Das bedeutet oft eine wesentlich größere Dimensionierung der Verkehrswege, auch in [ökologisch](#) sensiblen Gebieten, was oft zu Widerständen der Bevölkerung führt.

Um diese Gratwanderung zwischen Ökonomie und Ökologie zu bewältigen, wurden oft Maßnahmen bei den Kraftfahrzeugen getroffen. Es wurde in Österreich beispielsweise vergleichsweise früh gesetzlich vorgeschrieben, in jedem Kraftfahrzeug einen Katalysator einzubauen. Ebenso wurden auf bestimmten Strecken nur [lärmarme](#) LKW zugelassen. Durch verschiedene Deregulierungen fühlen sich die Bewohner jedoch in bestimmten Regionen, wie im [Inntal](#), von den verkehrsregelnden Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene, vor allem von der [EU](#), im Stich gelassen. So muss etwa die im Rahmen des EU-Beitritts eingeführte [Ökopunkte-Regelung](#) als gescheitert bezeichnet werden. Inwieweit die derzeitige Überarbeitung der [Wegekostenrichtlinie](#) zu einer Verbesserung der Lage beiträgt, bleibt offen. Diskutiert werden auch Modelle einer Kontingentierung des Transitverkehrs im Rahmen einer [Alpentransitbörse](#), vorzugsweise unter Einbezug der Schweiz.

Straßenverkehr

Das österreichische Straßennetz umfasst derzeit:

- 2.000 km Autobahnen und Schnellstraßen
- 10.000 km Straßen mit Vorrang (früher Bundesstraßen)
- 24.000 km Landesstraßen

- 70.000 km Gemeindestraßen

Das Straßennetz ist größtenteils in öffentlicher Hand. Auf Autobahnen und Schnellstraßen werden [PKW](#) mit so genannten [Mautvignetten](#) und die [LKW](#) kilometerabhängig durch die [ASFINAG](#) bemaute.

Lichtpflicht: Vom 15. November 2005 bis 31. Dezember 2007 galt auch für mehrspurige Kraftfahrzeuge das Licht tagsüber einzuschalten.

Siehe auch: [Straßensystem in Österreich](#), [Liste der Autobahnen und Schnellstraßen in Österreich](#), [Liste der österreichischen Kfz-Kennzeichen](#)

Schienenverkehr



[U-Bahn](#) im Betriebsbahnhof Leopoldau

→ *Hauptartikel:* [Geschichte der Eisenbahn in Österreich](#)

Der größte Teil der [Eisenbahnstrecken](#) wird durch die [Österreichischen Bundesbahnen](#) (ÖBB) betrieben, die größte [österreichische Eisenbahngesellschaft](#). Ein geringerer Teil sind nichtbundeseigene Eisenbahnen, teilweise privat, teilweise im Besitz der Bundesländer.

[S-Bahnen](#) gibt es derzeit nur in den Regionen rund um [Salzburg](#), [Wien](#), [Graz](#) und [Innsbruck](#). Ein weiteres Netz in Linz ist in Planung.

Wien ist die einzige österreichische Stadt mit einem klassischen [U-Bahnnetz](#). Straßenbahnen gibt es in den Städten [Gmunden](#), [Graz](#), [Innsbruck](#), [Linz](#) und [Wien](#). Die [Dorfbahn Serfaus](#), eine unterirdische [Luftkissenschwebbahn](#) in [Serfaus](#) in Tirol, wird manchmal auch als kleinste [U-Bahn](#) der Welt bezeichnet.

Schifffahrt



Vindobona der [DDSG Blue Danube](#) am Handelskai in [Wien](#)

Die bedeutendste Schifffahrtsstraße, sowohl für den Passagier- als auch für den Güterverkehr, ist die Donau (siehe [Donauschifffahrt](#)). Der Personenschiffsverkehr, der bereits in der Habsburgermonarchie mit der [DDSG](#) als damals größter Binnenreederei der Welt forciert wurde, dient heute hauptsächlich dem Tourismus und findet auch auf dem [Inn](#) und auf den größeren Seen statt und wird durch die [DDSG Blue Danube](#) als Nachfolger durchgeführt. Mit dem Twin-City-Liner, der Wien mit Bratislava verbindet, existiert seit kurzem auch eine für Berufspendler interessante Verbindung. Meist werden die Gewässer nur im Sommerhalbjahr befahren. Im Güterverkehr wird fast ausschließlich die Donau genutzt, die durch den Bau des [Rhein-Main-Donau-Kanals](#) wesentlich aufgewertet wurde und so viel Transitverkehr von der Nordsee bis ans [Schwarze Meer](#) aufnehmen kann. Hauptsächlich werden Schüttgüter befördert. Die einzigen österreichischen Güterhäfen sind [Linz](#), [Enns](#), [Krems](#) und Wien.

Siehe auch: [Österreichische Handelsmarine](#) (zivile und Handelsschifffahrt)

Luftfahrt



Die Austrian Airlines (genannt AUA) ist der Nationalflieger



„Die Fliege“ [Niki](#) Airbus A320–200

→ *Hauptartikel:* [Luftfahrt in Österreich](#)

Die größte nationale Fluggesellschaft ist die [Austrian Airlines Group](#) (Austrian Airlines, Lauda Air, Austrian Arrows, Slovak Airlines). Mit [Niki](#) besitzt Österreich seit 2003 auch eine [Billigfluglinie](#). Daneben ist [InterSky](#) eine regionale Billigfluglinie, die von Friedrichshafen aus fliegt. Andere regionale Fluggesellschaften sind die [Welcome Air](#) und die [Air Alps](#).

Wichtigster [Flughafen](#) ist der [Flughafen Wien-Schwechat](#), daneben haben [Graz](#) ([Flughafen Graz-Thalerhof](#)), [Linz](#) ([Flughafen Linz-Hörsching](#)), [Klagenfurt am Wörthersee](#) ([Flughafen Klagenfurt](#)), [Salzburg](#) ([Salzburg Airport W. A. Mozart](#)) und [Innsbruck](#) ([Flughafen Innsbruck](#)) internationale Anbindungen. Für Vorarlberg stehen die internationalen [Flughäfen Altenrhein](#) (CH) und [Friedrichshafen](#) (D) zur Verfügung. Nur von regionaler Bedeutung sind die 49 Flugplätze, von denen 31 über keine asphaltierte Landebahn verfügen und von den restlichen 18 asphaltierten nur vier eine Landebahn mit über 914 Metern Länge besitzen. Geschichtlich bedeutsam ist davon der [Flugplatz Wiener Neustadt](#), aber auch der aufgelassene [Flughafen Aspern](#). Sie waren die ersten [Flugfelder](#) Österreichs, wobei der Flughafen Aspern zwischen

seiner Eröffnung 1912 und dem Ausbruch des [Ersten Weltkriegs](#) 1914 als größter und modernster Flughafen Europas galt. Zudem existieren noch mehrere Flugplätze der [Österreichischen Luftstreitkräfte](#) wie beispielsweise in Wr. Neustadt, Zeltweg, Aigen/Ennstal, Langenlebarn/Tulln.

Weitere internationale Bedeutung erlangt Österreich in der Luftfahrt durch die Zusammenlegung der Kontrolle für die oberen Lufträume (ab 28.500 Fuß oder 9200 Metern) von bislang acht mitteleuropäischen Staaten (Österreich, [Bosnien und Herzegowina](#), [Tschechische Republik](#), [Kroatien](#), [Ungarn](#), [Italien](#), [Slowenien](#) und [Slowakei](#)). Dieses [CEATS](#) (Central European Air Traffic Services) genannte Programm sieht ein Kontrollzentrum für den gesamten mitteleuropäischen oberen Luftraum (CEATS Upper Area Control Centre, [CEATS UAC](#)) vor, das in [Fischamend](#) östlich von [Schwechat](#) zu finden sein wird. Die nationalen Belange der [Flugsicherung](#) und [Zivilluftfahrt](#) erfüllt die [Austro Control Gesellschaft für Zivilluftfahrt m.b.H.](#) mit Sitz in [Wien](#).

Energieversorgung

→ *Hauptartikel:* [Österreichische Energiewirtschaft](#)

Elektrische Energie



Die Kölnbreinsperre der Maltakraftwerke – Der größte Speicher Österreichs

Elektrische Energie wird überwiegend aus [Wasserkraft](#) (knapp unter 60 %), sowohl aus [Laufkraftwerken an der Donau](#), der [Enns](#), [Drau](#) und vielen kleineren [Laufkraftwerken](#), als auch aus [Speicherkraftwerken](#), wie dem [Kraftwerk Kaprun](#) oder den [Maltakraftwerken](#) gewonnen. Zur Deckung von [Spitzenstrom](#) werden zusätzlich zu den Speicherkraftwerken auch [Gasturbinenkraftwerke](#) betrieben. 2 % der Stromerzeugung erfolgen durch [Windenergieanlagen](#), die hauptsächlich im windreichen Osten Österreichs ([Weinviertel](#), [Pannonische Tiefebene](#)) angesiedelt sind.

Strom aus [Atomkraftwerken](#) wird auf Grund des [Atomsperrgesetzes](#) nicht hergestellt. In den 1970er Jahren wurde zwar das [Kernkraftwerk Zwentendorf](#) errichtet, es ging aber nach einer [Volksabstimmung](#) 1978 nie in Betrieb.

Die Verteilung erfolgt hauptsächlich durch neun Landesgesellschaften, die auch die [letzte Meile](#) zum Endverbraucher haben. Daneben gibt es einige kleinere Versorger, die meist auch im Besitz der öffentlichen Hand sind.



Die Erdgas-Hochdruckleitung [Linz](#) – [Bad Leonfelden](#) am Linzer Hafen

Gas- und Ölversorgung

Bei der [Erdgasversorgung](#) ist Österreich weitgehend vom Ausland abhängig. Zwar gibt es auch in Österreich Erdgasvorkommen, hauptsächlich im [Marchfeld](#) und [Weinviertel](#), wo sich auch unterirdische Pufferspeicher als Sicherheitslager befinden, doch tragen diese nur rund 20 % des Jahreserdgasverbrauchs Österreichs bei. Traditionellerweise erfolgt die Hauptversorgung aus [Russland](#), von wo aus Österreich seit 1968 als erstes europäisches Land westlich des [Eisernen Vorhangs](#) sein Erdgas bezieht. 5 große Erdgaspipelines durchqueren Österreich, die auch große Teile West und Mitteleuropas mit Erdgas versorgen.

Hauptimportland für Erdöl ist mit Stand 2003 [Saudi-Arabien](#). Die einzige [Raffinerie](#) befindet sich in [Schwechat](#) und wird von der [OMV AG](#) betrieben. Die weltgrößte Binnenraffinerie wird außerdem von der [Transalpinen Ölleitung](#) und in weiterer Folge von der [Adria-Wien Pipeline](#) gespeist.

Schule und Ausbildung

→ *Hauptartikel:* [Schulsystem in Österreich](#)

In Österreich wird das Schulwesen durch den Bund geregelt. Abgesehen von Schulversuchen sind deshalb sowohl Schultypen als auch Lehrpläne österreichweit vereinheitlicht. In Österreich besteht [Unterrichtspflicht](#) für alle Kinder, die sich in Österreich dauernd aufhalten. Diese beginnt mit dem auf die Vollendung des sechsten Lebensjahres folgenden September. Die allgemeine Unterrichtspflicht dauert neun Schuljahre.

Universitäten gibt es in Österreich in der Bundeshauptstadt [Wien](#) (8), in den Landeshauptstädten [Graz](#) (4), [Linz](#) (4), [Salzburg](#) (3), [Innsbruck](#) (3) und [Klagenfurt am Wörthersee](#), sowie in [Leoben](#) und [Krems](#). Die [Fachhochschule](#) ist eine alternative akademische Ausbildungsform, welche in Österreich seit 1994 existiert.

Siehe auch: [Österreichische Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen](#), [Schülerzeitung](#)

Notrufdienste

In Österreich existieren für jeden Notrufdienst größtenteils separate Leitzentralen. Notrufnummern können von jeder Telefonzelle kostenlos gewählt werden. Die Notrufnummern gelten österreichweit und lauten für die [Feuerwehr](#) „122“, für die [Polizei](#) „133“ und für den [Rettungsdienst](#) „144“. Zudem gibt es noch weitere Notrufnummern, die ebenfalls kostenlos gewählt werden können, wie beispielsweise der [Euronotruf](#) „112“ oder die [Bergrettung](#) "140"

Feuerwehr

→ Hauptartikel: [Feuerwehr in Österreich](#)



Rettungswagen des [ÖRK](#) aus Graz

Das österreichische [Feuerwehrsystem](#) basiert fast vollständig auf [Freiwilligen Feuerwehren](#). Nur in den sechs größten Städten wird der Brandschutz von [Berufsfeuerwehren](#) wahrgenommen. Der Brandschutz fällt in die Kompetenz der einzelnen Bundesländer, während der Katastrophenschutz Kompetenz des Bundes ist, er wird aber neben dem Bundesheer über den [Katastrophenhilfsdienst](#) ebenfalls von den Feuerwehren wahrgenommen.

Polizei

Österreichweit wurde 2005 die für ländliche Gebiete zuständige [Bundesgendarmerie](#) mit den in den Städten vorhandenen [Bundessicherheitswachekorps](#) und den [Kriminalbeamtenkorps](#) zum neuen [Wachkörper Bundespolizei](#) zusammengelegt. Ziel dieser Maßnahme war, Zweigleisigkeiten in der Organisation zu beseitigen und die Effizienz zu erhöhen.

Rettung

→ Hauptartikel: [Rettungsdienst in Österreich](#)

Bei Unfällen mit Verletzten wird in Österreich die [Rettung](#) informiert. Vor allem in den ländlichen Gebieten übernimmt das [Österreichische Rote Kreuz](#) den Rettungsdienst. Daneben unterhalten andere Hilfsorganisationen wie der [Arbeiter-Samariter-Bund](#), die [Johanniter-Unfall-Hilfe](#), der [Malteser Hospitaldienst Austria](#) und das [Grüne Kreuz](#) Rettungswachen. In Wien teilen sich die städtische Wiener Rettung und die Hilfsorganisationen die Aufgabe, in Sankt Pölten wird die Notfallseinsatzbereitschaft wöchentlich abwechselnd an den Arbeiter-Samariter-Bund und das Österreichische Rote Kreuz zugeteilt. Niederösterreich unterhält für die Koordination von Rettungseinsätzen die LEBIG (Leitstellen – Entwicklungs, Betriebs- und Integrations Ges.m.b.H.), welche die Rufnummer „144“ terminiert und den Auftrag je nach verfügbaren Ressourcen an eine Rettungswache oder direkt an ein verfügbares Einsatzfahrzeug vergibt. In Vorarlberg ist dafür die RFL (Rettungs- und Feuerwehr Leitstelle) zuständig, welche über die Nummer „122“ und „144“ erreicht werden kann und sowohl Rettungs- als auch Feuerwehreinsätze koordiniert. [Rettungshubschrauber](#) spielen eine sehr wichtige Rolle im österreichischen Rettungsdienst. Das Land dürfte über die größte Dichte an Rettungshubschraubern weltweit verfügen. Flächendeckend stellt der [Christophorus Flugrettungsverein](#) des [ÖAMTC](#) 16 Hubschrauber, daneben sind vor allem in den Tourismus-Regionen mehrere private Anbieter tätig.

Siehe auch: [Luftrettung in Österreich](#), [Telefonvorwahl \(Österreich\)](#)

Sonstige Notrufnummern

Überdies gibt es in Österreich noch eine Reihe weiterer Notrufnummern. Bei einer Vergiftung kann die Vergiftungsinformationszentrale in Wien über (01) 406 43 43 erreicht werden und wird über Erste-Hilfe-Maßnahmen informieren. Die Psychiatrische Soforthilfe erreicht man unter (01) 313 30, den Frauennotruf unter (01) 717 19, die Tierschutz Helpline unter (01) 4000–8060 sowie die Todesfall und ärztliche Totenbeschau unter (01) 797 75–87890. Alle diese Notrufnummern sind 24 Stunden erreichbar.

Team Österreich

Das [Team Österreich](#) ist ein Projekt das aus Freiwilligen Helfern besteht, die zum Beispiel bei Naturkatastrophen zum Einsatz kommen. Die Einschulung erfolgt dabei dann vor Ort und in wenigen Minuten (z. B. Sandsäcke befüllen). Um am Team Österreich teilnehmen zu können, ist eine Registrierung im Internet, mit der Angabe von speziellen Fähigkeiten, notwendig um im jeweiligen Ernstfall schnell eine Gruppe aus den freiwilligen Helfern bereitstellen zu können.

Wetterdienst

Wetterstationen befinden sich übers ganze Land verteilt, in größeren Städten und in allen Landeshauptstädten. Die nationale Einrichtung für [meteorologische](#) und [geophysikalische](#) Dienste ist die [Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik](#) (ZAMG) mit mehreren Zweigstellen in den [Bundesländern](#). Die aktuellen Wetterdaten und Wetterentwicklungen lassen sich, auf Internetseiten gesammelt, für viele Orte abrufen und außerdem über [Radio](#) und [Fernsehen](#) verfolgen. In Zukunft soll außerdem ein zuverlässiger Unwetterwarndienst im [Internet](#) angeboten werden. Zusätzlich gibt es noch die Flugwetterdienste oder spezielle Systeme, wie das Blitzortungssystem [ALDIS](#), die auch mit der ZAMG zusammenarbeiten und Daten austauschen.

Zusätzlich zu den Wetterdiensten gibt es in den meisten Bundesländern bedingt durch die alpinen Lagen [Lawinwarndienste](#), die Informationen der meist örtlich eingerichteten [Lawin Kommissionen](#) weitergeben.

Ein weiterer Dienst, der in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist der Hochwasserwarndienst, der vor bevorstehenden [Hochwasserereignissen](#) die betroffene Bevölkerung warnt. Er ist bei den jeweiligen Landesregierungen angesiedelt.

Medien

→ *Hauptartikel:* [Medien in Österreich](#)

Die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt Österreichs ist der österreichische Rundfunk [ORF](#) mit den Kanälen [ORF 1](#) und [ORF 2](#) sowie [TW1](#) und [ORF Sport Plus](#), welche sich eine Sendefrequenz teilen. Die wichtigsten Privatsender in Österreich sind [ATV](#), [Puls 4](#), [Austria 9 TV](#), [gotv](#) sowie [ProSieben Austria](#), [Sat.1 Österreich](#), [kabel eins austria](#) und das kostenpflichtige [Premiere Austria](#).

Der ORF betreibt drei österreichweit, sowie neun regional je Bundesland ausgesendete Radiokanäle [Ö2](#). Bundesweite Radiosender sind: Der Kultur- und Informationskanal [Ö1](#), [Ö3](#) sowie der alternative Radiosender [FM4](#). Die wichtigsten und beliebtesten, privaten Radiosender sind [KroneHit](#), [Energy 104.2](#) in Wien, [Radio Soundportal](#) sowie die österreichweite *Antenne-*Radiokette mit [Antenne Steiermark](#), [Antenne Kärnten](#) und [Antenne Salzburg](#).

Der Verlag [Mediaprint](#), entstanden aus einer [Fusion](#) im Jahr 2001, gibt die auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs, die [Kronen Zeitung](#), die Printmedien [NEWS](#) und [Profil](#) sowie den [Kurier](#) heraus und ist somit die mächtigste Vertriebsgesellschaft des Landes. Weitere Tageszeitungen sind beispielsweise [Der Standard](#), [Die Presse](#), [Salzburger Nachrichten](#), [Vorarlberger Nachrichten](#), [Kleine Zeitung](#) und [Österreich](#).

Siehe auch: [Liste der österreichischen Fernsehsender](#), [Liste der österreichischen Hörfunksender](#), [Liste österreichischer Zeitungen](#), [Liste österreichischer Journalisten](#), [Geschichte der Wochenschau in Österreich](#), [Österreichische Mobilfunkgesellschaften](#)

Kommunikation

Trotz der schwierigen topografischen Bedingungen besitzt Österreich ein gut ausgebautes Telekommunikationsnetz. Es besteht praktisch eine restlose Netzabdeckung im gesamten Bundesgebiet von Festnetz- und Mobiltelefonie. Dienste wie UMTS funktionieren derzeit nur in Ballungsgebieten werden aber ständig ausgebaut. Zu den größten Anbietern zählen die [Telekom Austria](#), [Mobilkom Austria](#), [Drei](#), [One](#), [T-Mobile Austria](#), [UPC Telekabel](#) und [Tele2UTA](#). Durch die hohe Dichte an Anbietern, sind die Tarife in Österreich relativ günstig im Vergleich zu anderen Ländern.

Die überraschend lückenlose Netzabdeckung in Österreich begründet sich zum Teil darin, dass das Land für Mobilfunkanbieter ideale Voraussetzungen für Technologie- und Marktstudien bietet. Neue Technologien im Bereich Mobilfunk und Datenübertragung werden oftmals initial in Österreich eingeführt. Die Resonanz der Bevölkerung gilt als Maßstab für den Erfolg der Technologie in anderen Ländern, in welchen ein derartiger „Feldversuch“ eine weitaus größere finanzielle Belastung erzeugen würde.

Highspeedinternet ist fast überall in Österreich möglich. Der größte österreichweite Netzbetreiber ist die Telekom Austria, gefolgt von Tele2UTA und UPC. Regionale Datennetze existieren in Ballungsgebieten und häufig auch in Gemeinden oder größeren Gebietsverbänden.

Siehe auch: [Telefonvorwahl \(Österreich\)](#)

Kultur

→ *Hauptartikel:* [Österreichische Kultur](#)

Im 18. und 19. Jahrhundert war Wien ein Zentrum des Musiklebens. Bis heute bestehen viele Opernhäuser, Theater und Orchester sowie Traditionen wie das [Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker](#) und zahlreiche [Festspiele](#). Darüber hinaus gibt es eine vitale [Kabarettzene](#). Auf kulinarischem Gebiet haben die [Wiener Kaffeehauskultur](#), der [Heurige](#) sowie zahlreiche landestypische Gerichte eine lange Tradition. Im Jahr 2003 war [Graz Kulturhauptstadt Europas](#). Zur Verbreitung der [österreichischen Kultur](#) im Ausland dient das [Österreichische Kulturforum](#). Acht Bauten oder Landschaften Österreichs gehören zum [UNESCO-Weltkulturerbe](#).

Musik



[Wolfgang Amadeus Mozart](#)

Komponisten der klassischen Epoche sind etwa [Wolfgang Amadeus Mozart](#) aus Salzburg und [Ludwig van Beethoven](#) aus Bonn, die beide in Wien wirkten, außerdem [Joseph Haydn](#), [Franz Schubert](#), [Anton Bruckner](#) oder [Johann Strauß \(Sohn\)](#), der „Walzerkönig“. Bekannt bei Liebhabern der Musik des 20. Jahrhunderts sind auch [Gustav Mahler](#), [Arnold Schönberg](#), [Alban Berg](#) und [Anton von Webern](#). Dieser Tradition folgten [Dirigenten](#) wie [Erich Kleiber](#), [Herbert von Karajan](#), [Karl Böhm](#), [Nikolaus Harnoncourt](#).

Auf dem Gebiet der zeitgenössischen Musik konnten sich [György Ligeti](#), [Friedrich Cerha](#) oder [Georg Friedrich Haas](#) etablieren.

Das [Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker](#) wird in 44 Staaten übertragen; gespielt werden Walzer, Polkas und Märsche, regelmäßig solche von [Johann Strauß \(Sohn\)](#).

Abseits der klassischen Musik sind der [Schlager](#), Bands aus dem [Austropop](#) wie die [S.T.S.](#) oder [Austria 3](#) und deren Einzelkünstler ([Wolfgang Ambros](#), [Georg Danzer](#), [Rainhard Fendrich](#)) sowie die derzeit erfolgreichste Österreicherin auf dem Chartsektor, [Christina Stürmer](#), bekannt.

International erfolgreich waren *Johann „Hans“ Hölzel* alias [Falco](#), [Hubert von Goisern](#) und [DJ Ötzi](#). Internationale Bedeutung erwarb sich auch die elektronische Musik aus Österreich, darunter etwa [Kruder & Dorfmeister](#).

[Joe Zawinul](#), der gemeinsam mit dem Amerikaner [Miles Davis](#) die Stilrichtung des [Electric Jazz](#) entwickelte, ist der einzige europäische Musiker, der in der Geschichte des [Jazz](#) von stilprägender Bedeutung war. Seine Gruppe [Weather Report](#) zählt in Fachkreisen und beim Publikum als die bedeutendste Jazzformation im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.

Tradition haben außerdem die [Volksmusik](#) sowie die [volkstümliche Musik](#).

Viele alternative Musikgruppen entwickelten sich neben dem Mainstream in Österreich, die auch europaweit szenebekannt sind. Dazu zählen die Rockgruppen [Kurt Ostbahn](#), [DENK](#), die Linzer Hip-Hopper [Texta](#), die [Punkband Red Lights Flash](#) aus Graz oder die [Metal](#)-Band [Belphegor](#) aus Salzburg, um nur einige zu nennen.

Theater

Theater-Künstler aus Österreich sind unter anderem [Max Reinhardt](#), [Karl Farkas](#), [Curd Jürgens](#), [Maximilian Schell](#), [Romy Schneider](#), [Senta Berger](#), [Oskar Werner](#), [O. W. Fischer](#), [Otto Schenk](#), [Klaus Maria Brandauer](#), [Martin Kusej](#).

Kabarett

Siehe: [Geschichte des Kabarets in Österreich](#)

Film

→ Hauptartikel: [Kino und Film in Österreich](#)

Filmregisseure aus Österreich sind [Barbara Albert](#), [Franz Antel](#), [Ruth Beckermann](#), [Dieter Berner](#), [Robert Dornhelm](#), [Florian Flicker](#), [Nikolaus Geyrhalter](#), [Michael Glawogger](#), [Wolfgang Glück](#), [Michael Haneke](#), [Jessica Hausner](#), [Michael Kreihsl](#), [Fritz Lang](#), [Bady Minck](#), [Franz Novotny](#), [Peter Patzak](#), [Otto Preminger](#), [Stefan Ruzowitzky](#), [Anja Salomonowitz](#), [Hubert Sauper](#), [Ulrich Seidl](#), [Götz Spielmann](#), [Josef von Sternberg](#), [Erich von Stroheim](#), [Hans Weingartner](#), [Virgil Widrich](#), [Billy Wilder](#).

Siehe auch: [Filmfestivals in Österreich](#), [Österreichische Filmgeschichte](#)

Literatur

→ Hauptartikel: [Österreichische Literatur](#)

Namhafte Schriftsteller sind etwa [Franz Grillparzer](#), [Joseph Roth](#), [Johann Nestroy](#), [Robert Musil](#), [Ingeborg Bachmann](#), [Karl Kraus](#), [Friedrich Torberg](#), [Felix Mitterer](#), [Thomas Bernhard](#), [Franz Kafka](#), [Peter Handke](#), [H. C. Artmann](#), [Wolfgang Bauer](#), [Ernst Jandl](#) und [Christoph Ransmayr](#) wie auch die 1905 mit dem [Friedensnobelpreis](#) geehrte [Bertha von Suttner](#) und die 2004 mit dem [Literaturnobelpreis](#) ausgezeichnete [Elfriede Jelinek](#). [Josef Winkler](#) wurde 2008 wie zuvor [Elfriede Jelinek](#) (2004) und [Friederike Mayröcker](#) (2001) mit dem [Georg-Büchner-Preis](#) ausgezeichnet. Schriftsteller der österreichischen Volksgruppen sind [Janko Ferk](#), [Gustav Januš](#) und [Florjan Lipuš](#), der von Peter Handke in das Deutsche übersetzt wurde.

Bildende Kunst



"Der Kuß" von [Gustav Klimt](#) ist eines der bekanntesten Werke eines österreichischen Künstlers

Bedeutende Maler sind [Ferdinand Georg Waldmüller](#), [Gustav Klimt](#), [Koloman Moser](#), [Oskar Kokoschka](#), [Egon Schiele](#), [Raoul Hausmann](#), [Arnulf Rainer](#), [Gottfried Helnwein](#), [Franz West](#). Einen Höhepunkt erreichte die Malerei in Österreich um 1900, als Wien ein Zentrum des

Jugendstils wurde. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand die [Wiener Schule des Phantastischen Realismus](#) als eine späte Strömung des [Surrealismus](#). In dieses Umfeld gehört auch [Friedensreich Hundertwasser](#) mit seinen eher abstrakt-dekorativen Bildern. Ein eigenständiges Phänomen ist der Aktionismus der 1960er Jahre, der sich im Grenzbereich von Theater und Malerei entwickelt hat. Wichtige Vertreter: [Günter Brus](#), [Otto Muehl](#), [Rudolf Schwarzkogler](#), [Hermann Nitsch](#).

Bildhauer: [Niclas Gerhaert van Leyden](#), [Franz Xaver Messerschmidt](#), [Fritz Wotruba](#), [Alfred Hrdlicka](#), [Bruno Gironcoli](#)

Wissenschaft und Technik



[Erwin Schrödinger](#)

Österreich war in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts eine bedeutende Wissenschaftsnation. Es brachte Denker und Forscher hervor wie die Begründer der [Quantenphysik](#) [Wolfgang Pauli](#) und [Erwin Schrödinger](#), den Mathematiker [Kurt Gödel](#), den Begründer der [Psychoanalyse](#) [Sigmund Freud](#), die Philosophen des [Wiener Kreises](#) und [Ludwig Wittgenstein](#), den Vater der [Tierpsychologie](#) [Konrad Lorenz](#), den Philosophen [Karl Popper](#), den Automobilbauer [Ferdinand Porsche](#), die Erfinder [Viktor Kaplan](#) und [Joseph Ressel](#), den Wegbereiter der [Thermodynamik](#) [Ludwig Boltzmann](#), den Entdecker der [Benzol](#)-Struktur [Johann Josef Loschmidt](#), den Entdecker der [Blutgruppen](#) [Karl Landsteiner](#), den *Retter der Mütter* [Ignaz Semmelweis](#) sowie die Ökonomen [Carl Menger](#), [Friedrich August von Hayek](#) und [Eugen Böhm von Bawerk](#).

In den 1950er Jahren wurde von den Ingenieuren der [voest Alpine](#) das so genannte [Linz-Donawitz-Verfahren](#) entwickelt, das die [Stahlproduktion](#) weltweit revolutionierte. Hervorzugeben sind auch die Geländefahrzeuge [Haflinger](#) und [Pinzgauer](#), die in der [Steyr-Daimler-Puch AG](#) konstruiert wurden, sowie das [STEYR AUG](#), ein [Sturmgewehr](#), das in vielen [Armeen](#) der Welt und sogar von der [US-Küstenwache](#) eingesetzt wird.

Siehe auch: [Liste der österreichischen Nobelpreisträger](#)

Essen und Trinken

→ *Hauptartikel:* [Österreichische Küche](#)

Bedingt durch die österreichische Geschichte haben vor allem Kochkünste aus Ungarn, Böhmen, Italien und Frankreich Einfluss auf heimische Gerichte. Vervielfältigt wird die Küche durch traditionelle regionale Kochkunst aus den Bundesländern. Typische österreichische Gerichte sind das [Wiener Schnitzel](#), [Backhendl](#), [Brathendl](#), [Gulasch](#) oder Fischgerichte wie [Karpfen](#) und [Forelle](#). Weltweite Bekanntheit haben zudem auch Süßspeisen erlangt, so zum Beispiel die [Sacher-Torte](#), der [Apfelstrudel](#) oder der [Kaiserschmarrn](#).



Wiener Schnitzel

Die Essenseinnahme erfolgt vorwiegend zu Hause. Ist dies nicht der Fall, werden Gaststätten und Restaurants bevorzugt. Der Trend zur schnellen Essenseinnahme hat in den letzten Jahren zugenommen und erfolgt häufig an [Döner](#) Imbissen, den Fastfoodketten und den traditionellen [Würstelständen](#).

In den östlichen Bundesländern hat sich eine [Heurigenkultur](#) entwickelt, die auch für immer mehr Touristen zu einem Fixpunkt wird. Wein und kalte Speisen stellen hier das Angebot.

Große Tradition hat der Weinanbau. Innereuropäisch und auch in Übersee erfreut sich der [österreichische Wein](#) großer Beliebtheit und auch im Land selbst wird mit knapp 40 Liter pro Kopf und Jahr gerne Wein getrunken.

Bier hat eine ebenso große Bedeutung in Österreich. Mit knapp 109 Litern Verbrauch pro Kopf und Jahr und mit 140 Brauereien darf sich Österreich als Biernation bezeichnen.

Verschiedene österreichische Kaffeevariationen bilden das Sortiment heimischer Kaffeehäuser. Speziell die Wiener Spezialitäten zählen neben französischen und italienischen zu den traditionsreichsten in Europa.

Sport

Wintersport

Aufgrund seiner Geographie zählt Österreich in zahlreichen Wintersportarten zur Weltspitze, wie etwa in [alpinen Ski-Bewerben](#), im [Skisprung](#) oder im [Snowboarden](#). Der Wintersport genießt in Österreich einen hohen Stellenwert und dessen Fernsehübertragungen, vor allem jene der Ski-Alpin-Bewerbe, erreichen weite Teile der Bevölkerung. Bekannte Ski-Sportler der letzten Jahre sind z. B. [Hermann Maier](#), [Renate Götschl](#), [Alexandra Meissnitzer](#), [Benjamin Raich](#), [Michael Walchhofer](#), [Marlies Schild](#) und [Rainer Schönfelder](#). An erfolgreichen Skifahrern der Vergangenheit wären [Toni Sailer](#), [Karl Schranz](#), [Franz Klammer](#), [Stephan Eberharter](#), [Annemarie Moser-Pröll](#), [Petra Kronberger](#) oder [Michaela Dorfmeister](#) hervorzuheben. So war z. B. [Fernsehmoderator Armin Assinger](#) einst Skirennläufer, auch [Schlager](#)-Star [Hansi Hinterseer](#) fuhr früher als Profi Slalomhänge hinab.

Weitere erfolgreiche Wintersportler sind beispielsweise die Rodler [Markus Prock](#), [Wolfgang](#) und [Andreas Linger](#) und das österreichische Skisprung-Team um [Gregor Schlierenzauer](#), [Thomas Morgenstern](#) und [Martin Höllwarth](#), welches in den letzten Jahren zahlreiche Olympia- und Weltcup-Siege für sich verbuchen konnte. Nicht mehr aktive Skisprung-Größen wie [Anton Innauer](#), [Hubert Neuper](#) oder auch [Andreas Goldberger](#) sind heute als Trainer und oft auch als Co-Fernsehmoderatoren tätig.

Sommersport

Auch im Sommersport, bzw. ganzjährig ausübbarer Sportarten kann Österreich immer wieder nennenswerte Erfolge für sich verbuchen, doch erreichen diese, bis auf den Fußball, bei weitem nicht die Reichweite des Wintersports, gemessen am Interesse der Bevölkerung. Bei Erfolgen im Zuge von Großereignissen wie den [Olympischen Spielen](#) oder [Weltmeisterschaften](#) gelangen diese Sportarten naturgemäß dennoch ins mediale Rampenlicht. Derartige Sportarten, in welchen Österreicher regelmäßig zu den potentiellen Sieganwärtern zählen, sind vor allem der [Segelsport](#) ([Roman Hagara](#), [Hans-Peter Steinacher](#)), [Judo](#) ([Peter Seisenbacher](#)), [Triathlon](#) ([Kate Allen](#)), [Schwimmen](#) ([Mirna Jukic](#) und [Markus Rogan](#)), [Beachvolleyball](#) (Europameister 2003 und 2007) sowie die [Formel 1](#) (Ex-Rennfahrer [Niki Lauda](#), [Jochen Rindt](#), [Gerhard Berger](#)).

Im Jahr 2003 holte [Werner Schlager](#) den Weltmeistertitel im [Tischtennis](#), 1996 wurde [Thomas Muster](#) als erster Österreicher überhaupt Nummer 1 der [Tennisweltrangliste](#), nachdem er ein Jahr zuvor den [Grand-Slam](#)-Titel von [Paris](#) – die [French Open](#) – gewonnen hatte. Im Dezember 2005 erschwamm Markus Rogan bei der Kurzbahn-Schwimm-EM über 200-m-Rücken einen neuen Weltrekord, den ersten für Österreich seit 1912. Bei der Kurzbahn-WM 2008 schwamm er über dieselbe Strecke erneut Weltrekord und wurde damit Österreichs erster Schwimmweltmeister überhaupt.

Vereinssport



[Thomas Vanek](#), Eishockey-Crack der [Buffalo Sabres](#)

Der Vereinssport besitzt in Österreich einen sehr hohen Stellenwert. In manchen Gemeinden und Städten sind mehr als die Hälfte der Einwohner in Vereinen sportlich aktiv. Vor allem der Fußball besitzt, besonders in [Wien](#), lange [Tradition](#), aber auch weniger bekannte Sportarten stoßen mancherorts auf regen Zulauf. So zählt Österreich beispielsweise im [Faustball](#) (besonders Vereine aus [Oberösterreich](#)) zur Weltspitze und wurde 2007 erstmals Herren-Weltmeister, hat außerdem eine der besten [American Football](#)-Ligen weltweit, und manche der an der [Donau](#) oder an größeren Seen gelegenen Gemeinden haben eigene [Wassersportvereine](#).

[Hypo Niederösterreich](#) zählt im Frauenhandball zur Zeit ebenso zur europäischen Spitze wie die [Vikings Vienna](#) im [American Football](#). Größte Erfolge im Fußball in jüngerer Vergangenheit waren das Erreichen des Finale im [UEFA-Cup](#) durch den [SV Austria Salzburg](#) 1994 sowie die drei Endspielteilnahmen im [Europacup der Cupsieger](#) durch die [Wiener Austria](#) 1978 und [SK Rapid Wien](#) in den Jahren 1985 und 1996.

International erfolgreiche Vereine aus Österreich:

- [American Football](#): [Vikings Vienna](#), [Swarco Raiders Tirol](#), [Graz Giants](#)
- [Eishockey](#): [VEU Feldkirch](#)
- [Fußball](#): [SK Rapid Wien](#), [FK Austria Wien](#), [First Vienna FC 1894](#), [SV Austria Salzburg](#), [SK Sturm Graz](#)
- [Handball](#): [Hypo Niederösterreich](#), [HC Linz AG](#), [UHK West Wien](#)

- [Tischtennis: SVS Niederösterreich](#)
- [Volleyball: hotVolleys Wien](#)

Internationale Sportveranstaltungen



Offizielles Logo der [UEFA](#) zur [Fußball-Europameisterschaft 2008](#)

Österreich war bisher zwei Mal Veranstalter Olympischer Spiele (beide Male Olympische Winterspiele in [Innsbruck, 1964](#) und [1976](#)). Insgesamt holten österreichische Spitzensportler 51 [Gold-](#), 52 [Silber-](#) und 66 [Bronzemedailien](#) in der Geschichte Olympischer Winterspiele sowie 26 Gold-, 38 Silber- und 40 Bronzemedailien bei Olympischen Sommerspielen (*Stand: 2005*).

Bei den letzten [Olympischen Winterspielen 2006](#) in Turin gewann das österreichische Team 9 Gold-, 7 Silber- und 7 Bronzemedailien. Bei den [Olympischen Sommerspielen 2004](#) wurden 2 Goldmedailien (durch [Roman Hagara](#) & [Hans-Peter Steinacher](#) im Tornado-Segeln sowie [Kate Allen](#) im Triathlon), 4 Silber- sowie eine Bronzemedaille erkämpft.

Vom 7. - 29. Juni 2008 war Österreich gemeinsam mit der [Schweiz](#) Veranstalter der [Fußball-Europameisterschaft 2008](#).

Siehe auch: [Olympische Geschichte Österreichs](#)

Wirtschaft Österreichs

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie
[Keine Version gesichtet.](#)

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Wirtschaft Österreichs

[BIP](#) nominell 246,5 Mrd € (2005)

BIP pro Kopf 29.960 € (2005)

BIP-Wachstum 3,2% real (2006)

[Inflation](#) 2,3 % (2005)

[Zahlungsbilanzüberschuss](#) 0,573 Mrd € (2004)

Die [Wirtschaft Österreichs](#) ist nach den Prinzipien einer [Sozialen Marktwirtschaft](#) geregelt. Seit 1995 ist Österreich Vollmitglied in der [Europäischen Union](#). In einer Reihung nach [Bruttoinlandsprodukt pro Kopf](#) liegt Österreich (Stand 2005) weltweit an 10. Stelle, gemessen am [Bruttonationaleinkommen](#) (Stand 2004) an 21. Stelle. Im Vergleich mit dem durchschnittlichen BIP pro Kopf der EU erreicht Österreich [2005](#) einen Index von 123 (EU25=100).^[1] An der gesamtwirtschaftlichen Leistung hat der [Dienstleistungssektor](#) einen gerundeten Anteil von 68%, der [Industrielle Sektor](#) von 30 % und auf [Land- und Forstwirtschaft](#) entfallen 2 %. Das [Soziale Klima](#) ist mit geringen Streikminuten je Arbeitgeber als gut zu bezeichnen, ein Umstand, der auf das österreichische Modell der [Sozialpartnerschaft](#) zurückgeführt wird. Der [Tourismus](#) spielt mit Pro-Kopf-Einnahmen von € 1.516,- (2004) in Österreich eine weltweit einzigartige Rolle.

Inhaltsverzeichnis

[\[Anzeigen\]](#)

-

Geschichte [\[Bearbeiten\]](#)



In diesem Artikel oder Abschnitt fehlen folgende wichtige Informationen: *von Frühzeit bis 1800, sowie ab 1. bis nach 2. WK*

Du kannst Wikipedia helfen, indem du sie [recherchierst](#) und [einfügst](#).

Historischer Hintergrund: [Geschichte Österreichs](#)

Frühgeschichte [\[Bearbeiten\]](#)

Handelsstraßen [\[Bearbeiten\]](#)

Aufgrund der geografischen Lage Österreichs im Zentrum Europas waren hier bereits in der [Urgeschichte](#) eine Reihe wichtiger Kreuzungspunkt von [Handelsstraßen](#), die einerseits die Wasserwege ([Donau](#), [March](#), [Inn](#) und viele mehr) und andererseits die Alpenpässe ([Brenner](#), [Radstädter Tauernpass](#) u.a.) nutzten. Einige dieser Straßen querten Österreich, wobei entlang ihrer Route der Handel gefördert wurde, andere nahmen hier ihren Ausgang, um die eigene Rohstoffe zu exportieren.

- Die [Bernsteinstraße](#) verlief auf verschiedenen Routen von Norden nach Süden durch Österreich.
- Salzstraßen
- Eisenstraße

Rohstoffabbau [\[Bearbeiten\]](#)

Aufgrund der geologischen Gegebenheiten war das Gebiet des heutigen Österreichs bereits in der [Vorgeschichte](#) reich an Bodenschätzen, die abgebaut und mit denen Handel getrieben wurde.

- [Salz](#)

Salz wurde aufgrund seiner Bedeutung auch [Weißes Gold](#) genannt und war eine begehrte Handelsware. In [Hallstatt](#), im oberösterreichischen [Salzkammergut](#) gelegen, belegen Funde, dass Salzabbau bereits im [Neolithikum](#) betrieben wurde. Der wirtschaftliche Erfolg führte zur Ausprägung der einer ganzen Epoche namengebenden [Hallstattkultur](#)

Bei [Hallein](#), im Bundesland [Salzburg](#) wurde von den [Kelten](#) um 600 v. Chr. Salz im [Untertagbau](#) gewonnen.

Im [Halltal](#) abgebautes Salz war die Grundlage der Salzindustrie in [Hall in Tirol](#) seit dem 13. Jahrhundert.

- [Eisen](#)

Am [Erzberg](#) in der Steiermark wird seit nachgewiesenermaßen seit dem 11. Jahrhundert n.Chr. Eisenerz abgebaut. Das im Umfeld reiche Angebot an [Holz](#) in Verbindung mit den zum [Flößen](#) notwendigen [Wasserwegen](#) förderte in der umliegenden Region die Entwicklung der [Köhlereien](#) und versorgte die Eisenindustrie mit der notwendigen Kohle. Das **Norische Eisen** war im Altertum wegen seiner hohen Güte begehrt. Es stammte in erster Linie aus der Gegend von [Hüttenberg](#).

- [Gold](#)

In [Gastein](#) wurde Gold von den Kelten im Tagbau oder durch Goldwaschen gewonnen. In der Römerzeit wurde Gold in den [Tauern](#) abgebaut

- [Wasser](#)

Einerseits als Energieträger für Mühlen und andererseits als Transportmittel lieferten die zahlreichen Wasserwege in ganz Österreich eine bedeutende Infrastruktur.

- [Kupfer](#)

Im Neolithikum wurde von den Kelten Kupfer im Ostalpenraum gewonnen, mit zunehmender Bedeutung des Kupfers in der [Bronzezeit](#) entstehen Wirtschaftszentren im [Salzachtal](#) bei [Bischofshofen](#) in Salzburg und in [Tirol](#)

- **Baumaterial**

In [Sankt Margarethen im Burgenland](#) wurde von den Römern einer der größten bekannten Steinbrüche der Antike angelegt. Er versorgte sie mit dem für ihre rege Bautätigkeiten notwendigen Material.

[Österreichische Monarchie bis 1918](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Als Folge der [Napoleonischen Kriege](#) und der im [Frieden von Schönbrunn](#) 1809 auferlegten Reparationszahlungen konnte Österreich Ende 1810 seinen Zahlungsverpflichtungen in Münzgeld nicht mehr nachkommen. Im *Kaiserlichen Patent* vom 20. Februar 1811 (*Bankrottpatent*) wurde der Zwangsumtausch der bisher im Umlauf befindlichen Banco-Zettel im Verhältnis 1:5 in Einlösungsscheine, der sogenannten [Wiener Währung](#), verordnet. Verursacht durch die hohen [Kriegskosten](#) nahm die inflationäre Entwicklung weiterhin zu. Neues Papiergeld, [Antizipationsscheine](#) (vorweggenommene Steuereinnahmen) wurden gedruckt.

Nach dem Ende der Kriege wurde die Stabilisierung der Währungspolitik vorangetrieben und am 1. Juni 1816 die [Privilegierte Oesterreichische Nationalbank](#), mit dem Privileg der Geldausgabe versehen, gegründet. Als eigenständige Aktiengesellschaft hatte sie eine, wenn auch geringe, Unabhängigkeit vom Finanzbedarf des Staates. Bis zum Revolutionsjahr [1848](#) konnte das Währungssystem stabil gehalten werden.

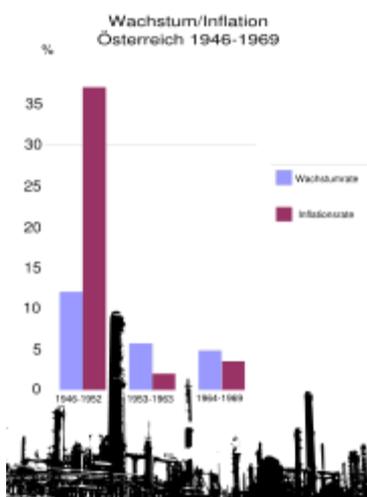
In Folge der [Industrialisierung](#) wurde auch der Bau eines österreichischen Eisenbahnnetzes begonnen. Die erste Strecke in Österreich, die [Österreichische Nordbahn](#) wurde 23. November 1837 offiziell in Betrieb genommen und verband [Wien](#) mit [Krakau](#). In den Folgejahren wurden die [Bahnstrecken in Österreich](#) stark ausgebaut, um die großen Städten des riesigen Reiches zu verbinden. Zu diesem Zweck wurden an private Investoren Konzessionen für die Errichtung und den Betrieb erteilt. Zugleich wurden mehrere Lokomotivfabriken errichtet. Als erste wurde 1839 die [Lokomotivfabrik der StEG](#) gegründet. Es folgten 1842 die [Wiener Neustädter Lokomotivfabrik](#), die die größte der Monarchie war, und 1869 die [Lokomotivfabrik Floridsdorf](#). Die kurzlebigste war die [Mödlinger Lokomotivfabrik](#), die 1873 errichtet und bereits zwei Jahre später nach einer Wirtschaftskrise wieder geschlossen wurde. 1880 entstand durch die deutsche [Locomotivfabrik Krauss & Comp.](#) am Standort Linz eine weitere Lokomotivfabrik in Österreich.

Am 1. Mai 1873 wurde die [Wiener Weltausstellung](#) im Prater von [Kaiser Franz Joseph I.](#) eröffnet. Bis 31. Oktober wurden mehr als 7 Millionen Besucher gezählt.

Ab ungefähr 1867 wurde in der Wirtschaft (*siehe: [Gründerzeit](#)*) auch stark spekuliert. So kam es im Laufe der Jahre zu immer mehr [Insolvenzen](#). Zu Beginn der Weltausstellung war man noch optimistisch, doch am Freitag, dem 8. Mai, auch *Schwarzer Freitag* genannt, kam es zum großen Wiener [Börsenkrach](#) von 1873. Allein an diesem Tag waren 120 Insolvenzen zu verzeichnen. Die Börsen brachen zusammen. Die wirtschaftlichen Folgen waren aber nicht so dramatisch wie befürchtet. Allerdings wurde der Glaube an den Liberalismus stark erschüttert.

Ab in etwa 1900 erreichte auch das Kulturleben in der Monarchie ihre größte Ausprägung. Neben bedeutenden Schriftstellern und Musikern zählten Österreicher auch im [Filmwesen](#) zu den Pionieren dieser Kunst.

Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg [\[Bearbeiten\]](#)



Wiederaufbauarbeit in den "langen Fünfzigern"

[1945](#) ersetzte der [Schilling](#) die [Reichsmark](#) als Zahlungsmittel. Bereits [1947](#) wurde aufgrund der hohen Inflation ein „neuer“ Schilling eingeführt. Das Tauschverhältnis betrug drei „alte“ für einen „neuen“ Schilling. Im Jahr [1946](#) wurde eine provisorischen Regierung gebildet.

Am [2. Juli 1948](#) wurde das Abkommen zum [Marshallplan](#) zwischen der USA und Österreich geschlossen, nach dem Österreich die Mittel als *Grants* (Geschenk) in Form von Sachgütern bekam. Österreich gelang es als einzigem Land, auch für die sowjetisch besetzten Gebiete zu den Geldmitteln des Marshallplans zu kommen. Im Gegenzug musste Österreich den [Schilling](#) stabilisieren und den Staatshaushalt möglichst ausgeglichen gestalten. Die [Sowjets](#) ließen sich die Zustimmung in der [alliierten Kommission](#) durch einen anderen [Wechselkurs](#) ihrer Barvermögen abkaufen.

Die erhaltenen Waren mussten zum Inlandspreis verkauft werden. Die erzielten Geldmittel mussten auf ein *Counterpart*-Konto eingezahlt werden. Warenlieferungen erfolgten bis [1953](#) und erreichten einen Wert von ungefähr einer Milliarde Dollar. Dieses Konto wurde am [12. Juli 1962](#) in die Verfügungsgewalt des österreichischen Staates übergeben aus dem dann der privatwirtschaftlich geführte [ERP-Fonds](#) entstand.

Die Förderungen für Österreich waren europaweit am höchsten. Dafür gab es zwei Gründe: Einerseits war Österreich vor dem Zweiten Weltkrieg sehr schwach industrialisiert und musste erst eine Industrie errichten, andererseits musste Österreich wie Deutschland [Reparationszahlungen](#) an die Sowjetunion zahlen. Aufgrund dieser beiden Gründe galt Österreich als besonders förderungswürdig.

Verstaatlichte Unternehmen [\[Bearbeiten\]](#)

Durch die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie 1946 und der [Elektrizitätswirtschaft](#) 1947 sollte eine solide Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen werden, denn Privatinvestoren waren nach dem [Zweiten Weltkrieg](#) kaum vorhanden. Durch die Verstaatlichung wollte man auch einem etwaigen Zugriff der Alliierten auf das ehemals deutsche Eigentum unterbinden. Große Industriebetriebe, wie die ehemaligen Göring-Werke - nun

[Voest Alpine](#) - in Linz, wurden nach der Verstaatlichung mühevoll wieder aufgebaut. Die weitere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wurde daher sehr stark von staatlichen Unternehmen geprägt. Häufig wird kritisiert, dass die Folgen dieser Politik gewesen seien, dass diese Unternehmen enorme Defizite verursachten, weil auf ihrem Rücken viele politische Ziele, wie des Eindämmens der Arbeitslosigkeit, verfolgt wurden. In Wirklichkeit erwirtschafteten die verstaatlichte Industrie jahrzehntelang - bis zum Aufkommen der internationalen Stahlkrise, der weltweit auch ein großer Teil der Privatunternehmen zum Opfer fiel, Gewinne.

Für diese Unternehmen typisch war die [Parteibuchwirtschaft](#). Als Spätfolge des [österreichischen Bürgerkrieges](#) der [1930er](#) Jahre mussten zudem die oberen Positionen zwischen den zwei Großparteien genau aufgeteilt werden, was vor allem in den 1950er und 1960er Jahren sehr oft praktiziert wurde. 1967 wurde die [ÖIAG](#) (Österreichische Industrieholding AG) gegründet, in welche sämtliche Staatsbeteiligungen ausgelagert wurden.

In den 1990er Jahren begann man, die Staatsindustrie zu [privatisieren](#). Dies hatte für viele Staatsbetriebe zur Folge, dass Teile geschlossen wurden, sie freier agieren und zudem gewinnbringend wirtschaften konnten. Viele Unternehmen wurden durch die Privatisierung auch ins Ausland verkauft. So geschehen beispielsweise bei der [Lenzing AG](#), [Böhler-Uddeholm](#), [Berndorfer Metallwarenfabrik](#) und auch [VA Tech](#). Weitere Unternehmen wie die [Österreichische Post AG](#), [Telekom Austria](#) und die [ÖBB](#) werden auf eine vollständige oder Teilprivatisierung vorbereitet, was viele Entlassungen und Frühpensionierungen zur Folge hat.

Siehe auch: [Verstaatlichung in Österreich](#)

[Wirtschaftsdaten](#) [\[Bearbeiten\]](#)

[Staatsausgaben](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Zwischen [1992](#) und [2000](#) lag der Anteil der Staatsausgaben für

- das [Gesundheitswesen](#) bei 14%
- das [Bildungswesen](#) bei 9%
- das [Militär](#) bei 2%

[Wirtschaftswachstum](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Das Wirtschaftswachstum Österreichs, berechnet als reale Veränderung des BIP in Prozent, betrug im Zeitraum 2000-2005:

2000 3,4 %, 2001 0,8 %, 2002 1,0 %, 2003 1,4 %, 2004 2,4 %, 2005 1,8 %, (2006 3,3 %)

(Prognostiziert: 2007 3,1 %, 2008 2,8%)

Damit lag das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum in den OECD-Staaten im Zeitraum 2000-2005 exakt um ein Drittel (+ 33,33 %) über dem Mittelwert, den Österreichs Wirtschaft während dieses Zeitraums, unter der Regierung Schüssel I und II, aufwies. ^[2]

[Größte Unternehmen](#) [\[Bearbeiten\]](#)

In folgenden Tabellen finden sich die größten in Österreich registrierten Unternehmen - also auch Tochtergesellschaften internationaler Unternehmen mit Sitz in Österreich - sowohl nach

Nettoumsatz als auch nach Mitarbeiteranzahl. Sämtliche Angaben verstehen sich inklusive etwaiger ausländischer Aktivitäten die zur österreichischen Unternehmung zählen.

Die größten österreichischen Unternehmen nach Nettoumsatz Geschäftsjahr 2004			Die größten österreichischen Unternehmen nach Mitarbeiteranzahl Geschäftsjahr 2004		
Rang	Unternehmen	Nettoumsatz in Mio. Euro 2004	Rang	Unternehmen	Mitarbeiter (2004)
1	OMV Konzern	9.880	1	Spar Österreich	51.700
2	Spar Österreich	7.010	2	Rewe Group Austria	50.856
3	Rewe Group Austria	6.910	3	Österreichische Bundesbahnen	45.841
4	Porsche Holding	6.820	4	Bauholding Strabag	33.287
5	Bauholding Strabag	5.964	5	Österreichische Post	28.317
6	voestalpine	5.779	6	voestalpine	22.955
7	Magna Steyr	4.953	7	Trenkwalder Personaldienste	22.600
8	Österreichische Bundesbahnen	4.409	8	ISS Central Europe Holding	18.590
9	Austria Tabak	4.404	9	Siemens Österreich *	17.636
10	VA Technologie *	4.073	10	ZEV Markant	17.330
11	Telekom Austria	4.056	11	Mondi Business Paper Holding	16.881
12	Siemens Österreich *	3.994	12	VA Technologie *	16.562
13	Verbundgesellschaft	3.078	13	Swarovski D. & Co	15.985
14	Mondi Packaging	2.831	14	Mondi Packaging	15.000
15	BMW Group Österreich	2.827		Brau Union	15.000
16	ZEV Markant	2.700	16	Porsche Holding	14.622
17	Hofer	2.500	17	Wiener Stadtwerke	14.296
18	Austrian Airlines	2.225	18	Telekom Austria	13.638
19	Brau Union	2.100	19	Flextronics International	12.414
20	Wiener Stadtwerke	2.083	20	Wienerberger	12.154
21	Flextronics International	2.023	21	Magna Steyr	12.000

* VA Technologie wurde 2005 von Siemens übernommen und in Siemens Österreich eingegliedert, die Sparte Wassertechnik musste jedoch (an [Andritz](#)) abgegeben werden

[Liste der größten Unternehmen im Jahr 2006](#)

Innovationen [\[Bearbeiten\]](#)

Laut österreichischem Patentamt^[3] wurden im Jahr 2005 in Österreich 3.091 Patente neu angemeldet. Die meisten davon stammen erstmals aus [Oberösterreich](#), wo 763 Patente neu angemeldet wurden. Danach folgt [Wien](#) mit 608, die [Steiermark](#) mit 564, [Niederösterreich](#) mit 429, [Tirol](#) mit 183, [Salzburg](#) mit 177, [Kärnten](#) mit 158 und [Vorarlberg](#) mit 150 Neuanmeldungen. Die wenigsten neuen Patente - 59 - wurden aus dem [Burgenland](#) gemeldet.

Die innovativsten Unternehmen waren den Zahlen nach im Jahr 2005 die [Voest-Alpine](#) mit 33 Patent-Neuanmeldungen, gefolgt von [Vaillant](#) mit 24 und [AVL List](#) mit 23 Neuanmeldungen.

Währungen [\[Bearbeiten\]](#)



1 Krone (Österreichische Münze 1913)



10 Schilling (Österreichische Münze 1980)



1 Euro

Bis 1892 zahlte man in Österreich mit dem [Gulden](#) und seinen Untereinheiten. Dann wurde er durch die [Krone](#) abgelöst, welche bis 1925 offizielles Zahlungsmittel war, wegen der hohen Inflation in den Jahren nach dem [Ersten Weltkrieg](#) im Zuge einer [Währungsreform](#) durch den [Schilling](#) abgelöst wurde.

[Einführung der Euro-Währung](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Mit dem 1. Jänner 1999 wurde der [Euro](#) in Österreich als offizielle Währung, vorerst nur als [Buchgeld](#), das heißt für den [Bargeldlosen Zahlungsverkehr](#), eingeführt. Ab 1. Jänner 2002 gilt der Euro auch als offizielles Zahlungsmittel, bis 28. Februar gemeinsam mit dem Schilling, seit 1. März 2002 ausschließlich. Bei Kreditinstituten wurde noch länger ein Umtausch kostenlos durchgeführt, bei der [Oesterreichischen Nationalbank](#) wird er für mindestens 20 Jahre garantiert.

Siehe auch: [Währungsreformen in Österreich](#)

[Börsen](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Die älteste österreichische Börse ist die [Wiener Börse](#), die 1771 gegründet wurde. Diese erlebte 1873 mit dem großen Börsenkrach („[Gründerkrach](#)“) ihre bisher schlimmste Krise, in der rund die Hälfte der notierten Unternehmen vom Kurszettel verschwanden. 1877 übersiedelte die Börse an die [Wiener Ringstraße](#) in ein prunkvolles Gebäude von [Theophil Hansen](#). 1869 entstand mit der [Börse für landwirtschaftliche Produkte](#) („Produktenbörse“) die erste Börse für den seit der Marktliberalisierung 1812 stark zunehmenden Handel mit Agrargütern. 1872 folgte die Gründung der allgemeinen Warenbörse, die aber bereits 1876 mit der Wiener Börse vereinigt wurde.

[Wirtschaftssektoren](#) [\[Bearbeiten\]](#)

[Primärsektor - Bergbau und Landwirtschaft](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Der [primäre Sektor](#) beschreibt den Wirtschaftsbereich der Rohstoffförderung, also Landwirtschaft und Bergbau. Dieser Sektor hatte im Jahr [2004](#) einen Anteil von 1,9 % am österreichischen [BIP](#).

[Land- und Forstwirtschaft](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Durch die extreme geographische Lage hat Österreich eine sehr kleinstrukturierte Landwirtschaft, was rentables Arbeiten abseits des Flachlandes ([Eferdinger Becken](#), [Wiener Becken](#), [Marchfeld](#)..) sehr erschwert, und einen großen Teil der Betriebe von Förderungen

abhängig macht. Viele Betriebe setzen daher auf [Qualität](#) statt Quantität, um so einen besseren Preis für ihre Produkte erzielen zu können. Die [biologische Landwirtschaft](#) hat in Österreich einen Gesamtanteil von knapp 10 % (2004), was die höchste Dichte von Biobetrieben in der EU bedeutet. Im Feldanbau ist das landwirtschaftlich wichtigste Gebiet das [Marchfeld](#) in der Nähe von [Wien](#).

[Wein](#) ist ein wichtiges landwirtschaftliches [Exportprodukt](#) Österreichs. Der Hauptabnehmer des Weines ist neben der [Schweiz](#) und [USA](#) mit zwei Dritteln [Deutschland](#). Im Jahr [1985](#) wurde der Weinbau durch den [Weinskandal](#) stark in Mitleidenschaft gezogen. In der Zwischenzeit haben die Weinbauern jedoch ihre Qualitätsweine so verbessert, dass wesentlich mehr Wein exportiert werden kann als vor dem Skandal.

Auch geringe Flächen [Tabak](#) wurden vor allem in der Steiermark seit über 300 Jahren angebaut. Durch die Kürzung der Produktionsquoten der [EU](#) wurden die Einkommen aber so reduziert, dass 2005 auch die letzten rund 40 Bauern den Tabakanbau aufgeben mussten.

Durch den großen Waldbestand ist auch die Forstwirtschaft und holzverarbeitende Industrie (Papier- und Kartonfabriken, Sägewerke...) ein bedeutender Faktor in der Landwirtschaft. Österreich ist nach Kanada, Russland, Schweden und Finnland und vor dem sechstplatzierten Deutschland der fünftgrößte Holzexporteur der Welt. Von den jährlichen 7,2 Millionen Festmetern (per 2004) gelangt ein großer Teil in den südeuropäischen Raum. Da derzeit jährlich mehr Holz nachwächst als geschlägert wird besitzt dieser Zweig auch noch Wachstumspotenzial.

Bei der Herstellung von Spanplatten verfügen österreichische Unternehmen in Europa über einen Marktanteil von rund einem Drittel. Zwar werden in Österreich nur Spanplatten im Wert von 882 Millionen Euro (2005) hergestellt, doch besitzen österreichische Hersteller über eine Vielzahl von Lieferanten und Fabriken in den [mittel- und osteuropäischen Ländern](#). So entfallen vom europäischen Umsatzvolumen mit Spanplatten, das rund 13 Milliarden Euro beträgt, 2,5 Milliarden auf die Salzburger Unternehmensgruppe [Kaindl](#) und 1,7 Milliarden auf den Tiroler Hersteller [Egger](#). Von der österreichischen Produktion werden rund 80 Prozent exportiert, hauptsächlich nach Deutschland und Italien.

[Bergbau](#) [[Bearbeiten](#)]

Österreich hat eine große Anzahl an verschiedenen Rohstoffen, die aber auf Grund der Gesteinsformationen nicht sehr ertragreich sind. Dominierend im Bergbausektor des Landes ist daher die Sand- und Kiesgewinnung mit rund 60 Mio. [Tonnen](#) (t) Jahresförderung und die Steinbruchindustrie mit rund 30 Mio. t Jahresförderung. 900 Betriebsstätten fördern mineralische Rohstoffe, davon nur noch 4 % in [Grubenbauweise](#). Unter [montanbehördlicher](#) Aufsicht stehen seit dem 1999 in Kraft getretenen Mineralstoffgesetz nur noch 210 davon. Rund 5.000 Arbeitnehmer sind im Bergbausektor beschäftigt. Der Anteil des Bergbaus am [BIP](#) betrug [2004](#) 0,5 % oder 1,4 Mrd. Euro, was eine Steigerung von 15 % im Vergleich zu 2003 bedeutet. Dies ist zum Großteil auf den Anstieg der Weltmarktpreise bei vielen Rohstoffen zurückzuführen.

Bergbauzweige:

- [Metalle](#) und [Halbmetalle](#):

Für [Eisen](#) ist die einzige Abbaustätte der [Erzberg](#) in der Steiermark. Das Erz weist aber im Gegensatz zu großen Lagerstätten mit 60 % nur 25 % Eisengehalt auf. Eine der größten Lagerstätten der Welt besteht jedoch für [Wolfram](#) bei [Mittersill](#) im [Felbertal](#). Deshalb rangiert Österreich nach der [VR China](#), [Russland](#) und [Kanada](#) an vierter Stelle in der Weltproduktion

dieses Metalls. Das Erz besteht auch aus [Molybdän](#), das aber durch die weltweite Überproduktion wirtschaftlich nicht genutzt werden kann. In Kärnten wurden in den [1980er](#) Jahren ausgiebige [Lithium](#)-Vorkommen gefunden. Da aber die Produktionskosten weltweit niedriger sind, als sie in der [Koralpe](#) wären, wird derzeit nicht abgebaut.

Andere Metallabbaustätten, wie jene für [Blei](#) oder [Kupfer](#), mussten aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden. Die [Antimonabbaustätten](#) im Burgenland wurden in den letzten Jahrzehnten ausgeerzt. Neuerliche Funde wurden aber nicht gesichtet.

Auch die Edelmetalle, vor allem [Gold](#), die Jahrhundertlang von großer Bedeutung in Österreich waren, sind heute praktisch nicht von Bedeutung.

- **Nichtmetallische Minerale:**

Minerale, die heute von sehr großer Bedeutung sind, sind [Salz](#) und [Gips](#). Vom Salz wird nur ein geringer Teil als Speisesalz verwendet, die weitaus größere Menge wird in der Industrie benötigt. Der gewonnene Gips wird in der Bauwirtschaft, wie Gipskartonplatten oder ähnlichem verwendet.

- **[Kohle](#):**

[1970](#) wurden in Österreich noch rund 3,75 Mio. t [Braunkohle](#) gefördert. Dieser Wert sank bis [1996](#) auf rund 1,1 Mio. t und stieg dann bis 2002 auf knapp 1,5 Mio. t an, um danach, 2003, wieder auf rund 1,2 Mio. t zurückzufallen. Österreichische Kohle wird bis auf ein paar wenige, geringfügige Ausnahmen in den [1970ern](#), nicht exportiert. Die Kohle wird zu 83,3 % (2003) zum Energie- und Industrieverbrauch, und zu 15,7 % zum Heizen in privaten Haushalten in Österreich verwendet.

Siehe auch: [Bergbau in Kärnten](#)

Sekundärer Sektor – Industrie [\[Bearbeiten\]](#)

Der [sekundäre Sektor](#) beschreibt den Wirtschaftsbereich der Rohstoffverarbeitung und der Sachgüterproduktion. Dazu gezählt wird auch der Energie- und Wasserversorgungssektor, sowie das Bauwesen. Der Anteil des sekundären Sektors am österreichischen [BIP](#) betrug im Jahr [2004](#) 31,1 %.

Industrieunternehmen [\[Bearbeiten\]](#)

Österreich verfügt über eine sehr moderne und dynamische Industrie. Österreich hat nunmehr (2005) die niedrigsten Unternehmenssteuern der EU und tritt somit in offene Konkurrenz zur Slowakei.

Bekannte österreichische Unternehmen:

- [Alpla](#) (Marktführender als Flaschenabfüller)
- [Blum](#) (Marktführender Möbelbeschlägehersteller)
- [Doppelmayr](#) (Seilbahnenhersteller)
- [OMV AG](#), Mineralölverarbeiter und Tankstellenbetreiber
- [Plansee Group](#) ([Technologieunternehmen](#) v. a. in der Raumfahrt)
- [Swarovski](#) (Glasprodukte- und Kunstdiamantenerzeuger)
- [Red Bull GmbH](#) (Erzeuger von Energy-Drinks)
- [Wienerberger](#) (weltweit bedeutender Ziegelhersteller)

- Wolford (renommiertes Textilunternehmen)
- [AT&S](#)
- [Internorm](#) (größter europäischer Fensterhersteller)
- [Böhler-Uddeholm](#) (Stahlverarbeitungsunternehmen, war verstaatlicht)
- [Voestalpine](#) (Stahlverarbeitungsunternehmen, war verstaatlicht)
- [VA Tech](#) (Stahlverarbeiter, wurde 2005 durch Siemens übernommen)
- [Rosenbauer](#) (Feuerwehrausstatter)
- [Fritz Egger GmbH & Co](#) (Holzverarbeitung)
- [RHI](#)
- [AVL List](#)
- [Klausner-Gruppe](#) (Holzverarbeitung Schnittholz Pellets)

In letzter Zeit wurden einige Industriebetriebe von ausländischen Investoren aufgekauft. Darunter fallen z.B. der Hersteller [Steyr Daimler Puch](#) und die Jenbacher Werke (GE Jenbacher)

Das größte österreichische Industrieunternehmen ist die [österreichische Niederlassung](#) des deutschen [Siemens-Konzerns](#).

[Bruno Kreisky](#) wollte während seiner Regierungszeit in den 1970er Jahren als Bundeskanzler in Österreich eine eigene Autoindustrie aufbauen, dafür wurde er aber meist nur belächelt. Er wollte damit das große Handelsbilanzdefizit auf diesem Sektor möglichst ausgleichen. Einziger Erfolg war das [General Motors](#)-Motorenwerk in [Wien-Aspern](#). Hat sich zwar kein Markenhersteller von PKW in Österreich direkt niedergelassen, hat sich in der Zeit danach zuerst in Graz ein [Autocluster Steiermark](#) gebildet, der sich durch die Firma AVL List im Motorenbau und durch [Steyr-Daimler-Puch](#) im Allradbereich international einen Namen machte. Heute gleicht sich der Autozulieferbereich nicht nur in Graz sondern auch in anderen Regionen Österreichs, wie [Magna International](#) aber auch vielen anderen Unternehmen, wie [BMW](#) Steyr den KFZ-Import bei weitem aus und erreicht sogar Überschüsse.

[Energiewirtschaft](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Hauptartikel: [Österreichische Energiewirtschaft](#)

[Tertiärer Sektor – Dienstleistungen](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Der [tertiäre Sektor](#), auch Dienstleistungssektor genannt, beinhaltet neben Handels- und Dienstleistungsunternehmen auch die öffentliche Verwaltung. Der tertiäre Sektor hatte 2004 einen Anteil von 67,1 % am österreichischen [BIP](#).

Die Dienstleistungen machen in Österreich den größten Anteil der Wirtschaftsleistungen aus. Es dominieren vor allem der Tourismus, der Handel und das Bankwesen.

Große österreichische Dienstleistungsunternehmen:

- Spar (Supermarktkette)
- [Raiffeisenbank](#) (Bankgenossenschaft mit vielen Ortsgruppen)
- Hypo-Bank (im Besitz der Länder, heißen auch Landeshypothekenbank)
- [Strabag](#) (bedeutendes Bauunternehmen)
- [Telekom Austria](#)

Viele österreichische Unternehmen befinden sich im ausländischen Besitz. Bekannteste Beispiele sind die Lebensmittelkette [Billa](#), die an den [Rewe-Konzern](#) ging, oder die [Bank Austria](#)

[Creditanstalt](#), die an die [Bayrische Hypovereinsbank](#) verkauft wurde. Die Hypo Vereinsbank verkaufte die Bank Austria an den Italienischen Bankenkonzern [Unicredit](#).

Das größte österreichische Privatunternehmen, das Transport- und Logistikdienstleistungen anbietet, ist die [Gebrüder Weiss](#) GmbH.

[Bankwesen](#) [Bearbeiten]

Hauptartikel: [Österreichisches Bankwesen](#)

Österreich besitzt eines der dichtesten Bankennetze Europas, obwohl seit 1992 die Anzahl der Bankstellen und der tätigen [Kreditinstitute](#) im Sinken begriffen ist. War der Zweck der ersten Banken Österreich am Anfang des [18. Jahrhundert](#) noch die Finanzierung der Bedürfnisse der damals absolutistischen Machthaber, wandelte sich dies vor allem im Zuge der industriellen Revolution, wo sich das Bankwesen in Österreich zu ihrer heutigen Bedeutung wandelte. Geschwächt, wie die gesamte Wirtschaft des Landes, durch die beiden Weltkriege, erstarkte das bis Anfang der [1990er](#) zu einem Großteil verstaatlichte Bankwesen einerseits durch Privatisierungen und Übernahmen, und andererseits durch den Fall des [Eisernen Vorhangs](#), was den mittlerweile finanziell erstarkten Banken eine einmalige Expansionsgelegenheit bot, die diese im Gegensatz zu den meisten internationalen Konkurrenten auch bereits sehr rasch zu nützen wusste.

[Handel](#) [Bearbeiten]

Im [Lebensmitteleinzelhandel](#) wurden 2007 14,9 Milliarden Euro umgesetzt. Nach Umsatzanteilen ergeben sich daraus folgende Marktanteile der in Österreich tätigen Einzelhandelsunternehmen:^[4]

1. 29,5 % [REWE](#) ([Billa](#), [Merkur](#), [Penny-Markt](#), [Emma](#)), 1.376 Filialen
2. 27,6 % [Spar](#), 1.438 Filialen
3. 18,8 % [Hofer](#), 369 Filialen
4. 6,6 % [Edeka](#) ([Adeg](#)), 799 Filialen
5. 5,4 % [ZEV Markant](#), 1.023 Filialen
6. 5 % [Plus](#) ([Zielpunkt](#)), 357 Filialen

[Arbeitsmarkt](#) [Bearbeiten]

[Beschäftigte](#) [Bearbeiten]

Nach Zahlen der [Statistik Austria](#) waren per Stichtag 15. Mai 2001 in ganz Österreich 3.420.788 Personen (davon 3.111.743 unselbstständig) in 396.288 Arbeitsstätten (öffentlicher Dienst, Privatunternehmen, [NPOs](#)) beschäftigt. Im Vergleich zur Erhebung von 1991 stieg die Anzahl der Arbeitsstätten um 26 % (1991: 314.401), die Anzahl der Beschäftigten um 16,6 % (1991: 2.933.438).

In den letzten Jahren vollzieht sich mit dem Trend von Vollzeit- zu Teilzeitarbeitsplätzen ein drastischer Wandel der Beschäftigungsform. Nach Berechnungen des WIFO sind zwischen 2000 und 2005 rund 85.000 Vollzeitarbeitsplätze verloren gegangen, die Teilzeitbeschäftigung hat zugleich um 140.000 zugenommen.

Anzahl der Unternehmen nach Beschäftigtenanzahl [\[Bearbeiten\]](#)

Die allermeisten Unternehmen (283.018) in Österreich sind Kleinunternehmen mit bis zu 4 Mitarbeitern. 5-19 Mitarbeiter beschäftigen 85.883 Unternehmen. 23.328 Betriebe verfügen über 20-99 Arbeitskräfte. Nur noch 2.429 Betriebe verfügen über einen Personalstand der zwischen 100 und 199 liegt. Großunternehmen mit mehr als 200 Mitarbeitern existierten zum Stichtag 1.610.

Beschäftigte nach Wirtschaftszweig [\[Bearbeiten\]](#)

Erwähnt werden die wichtigsten Wirtschaftszweige, wobei gelegentlich die größten Untergliederungen erwähnt werden. Die Aufteilung erfolgt nach Wirtschaftssektoren, und innerhalb dieser wird nach Beschäftigtenanzahl geordnet.

Primärer und sekundärer Sektor (Rohstoffgewinnung und Produktion):

- Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Getränken: **74.734 Beschäftigte** - davon 27.599 in der Backwarenherzeugung (*ohne Dauerbackwaren*), 17.051 in der Fleischverarbeitung, 9.105 in der Getränkeherstellung und 4.396 in der Milchverarbeitung
- Herstellung von Metallerzeugnissen: **72.350**
- Maschinenbau: **82.838**
- Herstellung von Möbeln: **40.208**
- Holzver- und -bearbeitung: **39.822**
- Erzeugung und Bearbeitung von Glas sowie Waren aus Steinen und Erden: **39.280** - davon 13.867 in der Erzeugung von Beton, Zement und Gips, 10.609 in der Glaserzeugung und -bearbeitung sowie 3.504 in der Keramikherstellung
- Metallerzeugung und -bearbeitung: **34.537**
- Textilienerzeugung und -verarbeitung: **33.263** - davon 21.195 in der Textilwarenherstellung und 12.068 in der Bekleidungserzeugung
- Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung: **32.307** - davon 10.067 in der Herstellung von elektrischen Verteilungs- und Schalteinrichtungen, 8.936 in der Herstellung von Elektromotoren und Generatoren
- Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik: **31.440**
- Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren: **30.501**
- Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen: **29.363** - davon 15.851 im Motorenbau und 9.977 in der Zubehörherstellung
- Chemieindustrie: **25.729** - davon 8.986 in der Pharmaindustrie und 6.666 in der Herstellung von chemischen Grundstoffen
- Papier- und Pappe-Erzeugung: **17.653**
- Medizin-, Mess- und Regelungstechnik: **17.617**
- Bergbau: **7.728** - davon 449 im Kohleabbau, 325 im Salzabbau und 237 im Erzabbau
- Ledererzeugung und -verarbeitung: **6.324**
- Herstellung von sonstigen Fahrzeugen: **6.012** - davon 397 im Schiffbau, 4.259 im Schienenfahrzeugbau, 1.013 im Fahrradbau und 342 im Luft- und Raumfahrzeugbau
- Herstellung von Sportgeräten: **5.026**
- Kokerei und Mineralölverarbeitung: **2.820** - davon 2.762 in der Mineralölverarbeitung
- Recycling: **1.128**
- Erdöl- und Erdgasgewinnung: **1.031**
- Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten: **910**
- Tabakverarbeitung: **856** Beschäftigte an 5 Standorten

Tertiärer Sektor (Dienstleistungen):

- **Einzelhandel: 322.010 Beschäftigte**
- Bauwesen: **284.146** - davon 148.114 im Hoch- und Tiefbau (davon wiederum 87.373 im Hochbau, Brücken- und Tunnelbau, 27.941 in Zimmereien, Dachdeckereien und Spenglereien, 23.571 im Straßen- und Eisenbahnoberbau und 1.512 im [Wasserbau](#)), 73.204 im Bauinstallationsbereich, 54.114 im Bauhilfsgewerbe (Malerei, Bautischlerei, Glaserei, usw.)
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen: **283.627** - davon 210.096 im Gesundheitswesen (davon wiederum 134.870 in Krankenhäusern, 43.336 in Arztpraxen, 15.705 in Zahnarztpraxen), 70.166 im Sozialwesen (davon wiederum 36.124 in Heimen) und 3.365 im Veterinärwesen
- Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen: **237.103** - davon 70.831 in der Steuer-, Rechts- und Unternehmensberatung, 40.140 in Architektur- und Ingenieurbüros und 37.393 im Reinigungsgewerbe
- Beherbergungs- und Gaststättenwesen: **224.483** - davon 89.747 im Beherbergungswesen und 111.421 im Gastronomiebereich
- Unterrichtswesen: **223.624** - davon 103.632 in weiterführenden Schulen, 71.371 in Volksschulen und Kindergärten, 27.579 in Hochschulen, 17.936 in der Erwachsenenbildung und 3.106 in Fahrschulen
- Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung: **208.808** - davon 112.925 in der öff. Verwaltung, 72.435 in der Landesverteidigung und in auswärtigen Angelegenheiten (davon wiederum 33.656 in der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, 23.448 in der Sozialversicherung, 21.548 in der Landesverteidigung, 13.642 in der Justiz, 2.837 bei der Feuerwehr und 752 in auswärtigen Angelegenheiten)
- Handelsvermittlung und GH(ohne Kfz-Handel): **202.688**
- Landverkehr: **144.998** - davon 53.029 in der Güterbeförderung im Straßenverkehr, 50.963 bei Eisenbahnen, 25.103 in der Personenbeförderung im Linienverkehr (ohne Eisenbahn) und 11.736 Taxifahrer
- [Kfz-Handel](#): **91.478**
- Banken- und Kreditwesen: **79.202**
- Nachrichtenübermittlung: **61.311** - davon 36.202 bei Post- und Kurierdiensten, 25.109 bei Fernmeldediensten
- Kultur, Sport und Unterhaltung: **53.697** - davon 11.822 im Sport, 6.255 in Rundfunk- und Fernsehanstalten, 5.694 in Zoos, Bibliotheken und Museen und 5.238 in Filmherstellung und -verleih
- Datenverarbeitung: **46.880** - davon 23.254 in Softwarehäusern und 20.117 bei Datenverarbeitungsdiensten
- Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr: **43.349** - davon 17.690 in Speditionen, 11.996 in Reisebüros, 5.884 in der Lagerei
- Interessensvertretungen: **34.169**
- Realitätenwesen: **32.154** - davon 14.109 in der Vermietung von Realitäten und 12.997 in der Vermittlung und Verwaltung von Realitäten
- Versicherungswesen: **30.950**
- Verlagswesen, Druckereien: **30.742** - davon 18.512 in Druckereien, 10.650 im Verlagswesen, 5.142 in Zeitungsverlagen, 3.044 in Zeitschriftenverlagen, **2.040** in Buch- und Musikverlagen
- Energieversorgung: **29.999**
- Entsorgungswesen: **17.106**
- Vermietung beweglicher Sachen: **9.024**
- Forschung und Entwicklung: **8.329**
- Luftverkehr: **7.852**
- Wasserversorgung: **3.319**
- Binnenschifffahrt: **490**

[Arbeitslosigkeit \[Bearbeiten\]](#)

Im September 2005 betrug die [Arbeitslosigkeit](#) in Österreich 5,2 % nach EU-Berechnung, 6,3 % nach Österreich-Berechnungsschema, das entspricht in Zahlen 220.464 Menschen. Zählt man die

in Schulungen befindlichen Personen dazu, ergibt sich nach nationaler Berechnung eine Arbeitslosenquote von 7,6 % bzw. 269.973 Personen. Die Gesamtzahl arbeitslos gemeldeter Personen ist seit dem Jahr 2000 (194.314) bis 2005 (252.655) um 30,0 % angewachsen. Wien weist mit 76.951 Jobsuchenden im September 2005 die höchste Länderarbeitslosigkeit auf. Dies ist vor allem auf die Besonderheit als einzige Großstadt Österreichs und den starken Zuzug aus anderen Regionen des In- und Auslands zurückzuführen. Hinzu kommt die außerordentlich schwache Konjunktur. Die im europäischen Vergleich traditionell günstige Beschäftigungslage erkaufte Österreich heute u.a. mit einer ungewöhnlich starken Verdrängung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben: In Österreich stehen nur noch 30% der 55 - 64-jährigen in einem Beschäftigungsverhältnis (zum Vergleich: Deutschland 38,6 %, Schweden 68 %, Großbritannien 53,5 %). Die Zunahme der frühzeitigen Pensionierungen steht auch in einem – schwer zu beziffernden - Zusammenhang mit dem Personalabbau in Staatsunternehmen bzw. Unternehmen mit privatem Rechtsmantel, die dem Staat ganz oder zu bedeutenden Teilen gehören. Nicht zu vergessen ist aber auch das Verdrängen vieler Vollzeitjobs in Richtung Teilzeitjobs. So steigt zwar die Anzahl der Beschäftigten insgesamt, aber nicht die der geleisteten Stunden.

Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit [[Bearbeiten](#)]

113.995 arbeitslosen Männern stehen 106.469 Frauen gegenüber im September 2005. Bedenklich ist aber die seit Jahren anhaltende starke Zunahme an arbeitslosen Frauen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen (Personen unter 25 Jahren) liegt im gleichen Zeitraum bei 40.837. Seit 2000 bis Ende 2005 hat sich die Zahl arbeitslos gemeldeter Jugendlicher (unter 25 Jahre) um 48,74% von 27.945 auf 41.568 erhöht (die Zahl der als arbeitssuchend registrierten Jugendlichen ist sogar um 70,17 % gestiegen).

Betroffene Branchen [[Bearbeiten](#)]

Am stärksten ist der Dienstleistungssektor betroffen. Viele Personen, die im Fremdenverkehr tätig waren, verloren im Jahr 2005 ihre Arbeit. Weiters ist auch die Industrie betroffen, die wegen zu hoher Produktions- und Lohnkosten verstärkt in die neuen EU-Mitgliedsländer abwandert.

Außenwirtschaft [[Bearbeiten](#)]

Einen großen Einfluss auf die Entwicklung des Außenhandels hatte der traditionelle Handel mit den Ländern hinter dem ehemaligen [Eisernen Vorhang](#), der durch die [Neutralität](#) begünstigt wurde.

[2004](#) wurden Waren im Wert von 91,094 Milliarden [Euro](#) nach Österreich [importiert](#), und 89,848 Milliarden Euro wurden durch [Exporte](#) Erlöst, was ein [Außenhandelsdefizit](#) von rund 1,25 Mrd. Euro ergibt. Der Außenhandel konnte 2004 im Vergleich zu 2003 jedoch sowohl bei Importen (+ 12,5 %) als auch bei den Exporten (+ 13,9 %) massiv zulegen. 2003 betrug das Außenhandelsdefizit 2,09 Mrd. Euro, und 2002 konnte erstmals in der Geschichte der [zweiten Republik](#) ein [Außenhandelsüberschuss](#), im Ausmaß von 296 Mio. Euro, erzielt werden.

Den größten Anteil, sowohl an Im- als auch an Exporten, haben Maschinen und Fahrzeuge, gefolgt von bearbeiteten Waren und sonstigen Fertigwaren. Den 4. Rang was Importe betrifft hat die Produktgruppe *Brennstoffe & Energie*, knapp gefolgt von chemischen Erzeugnissen, welche bei den Exporten den 4. Rang einnehmen. Die fünftgrößte Exportproduktgruppe ist dann *Brennstoffe & Energie* knapp vor Nahrungsmitteln. Diese nehmen bei den Importen den 6. Rang ein. Die weiteren Plätze sowohl bei Im- als auch Export nehmen Rohstoffe (7.), *Getränke und Tabak* (8.) und *Öl, Fette und Wachse* (9.) ein.

Den Wert des Exportzuwachses für den Arbeitsmarkt schätzt die österreichische Wirtschaftskammer (WKÖ) auf 38.500 neue Arbeitnehmer. Ziel für 2006 sei bei der WKÖ zudem das Erreichen der 100 Milliarden-Euro-Schwelle bei den Exporten, was durchaus realistisch scheint, bei jährlichen Exportwachstumsraten von durchschnittlich 8 %, was EU-weit unerreicht ist, und 5 bis 5,5 % im Jahr 2005.

Zahlungsbilanz [\[Bearbeiten\]](#)

Die österreichische Wirtschaft hatte immer eine positive Zahlungsbilanz, wobei bis vor einigen Jahren hauptsächlich der [Fremdenverkehr](#) eine negative Handelsbilanz wettmachte. Vor allem seit der [EU](#)-Mitgliedschaft näherte sich die Wirtschaft auch einer ausgeglichenen Handelsbilanz. Im Jahr [2004](#) überstiegen die Exporte um 10 % die Importe, wobei vor allem Exporte in die neuen EU-Mitgliedsstaaten (auch die [Beitrittskandidaten](#), wie [Rumänien](#) oder [Bulgarien](#) eingeschlossen) aber auch in die [USA](#) stiegen. Außerdem überstiegen 2004 erstmals die Investitionen österreichischer Unternehmen im Ausland den Wert, den ausländische Firmen in Österreich investierten. Die wichtigsten Länder, in denen Österreich investierte, waren [Tschechien](#) und [Ungarn](#). Einen Großen Anteil am Export hat die Lebensmittelindustrie in Verbindung mit der zugehörigen Landwirtschaft, wobei vor allem auf Qualität und Nischenprodukte, wie den Biolebensmitteln, gesetzt wird. So hat Österreich im Jahr 2005 erstmals mehr Lebensmittel exportiert als importiert.

Internationale Unternehmensbeteiligungen [\[Bearbeiten\]](#)

Folgende Tabellen zeigen die größten Übernahmen österreichischer Unternehmen im Ausland (Tabelle 1) und die größten Übernahmen von österreichischen Unternehmen im Inland (Tabelle 2).

Die größten Übernahmen mit einem österreichischen Käufer:

Die teuersten Übernahmen/Beteiligungen an ausländischen Unternehmen von österreichischen Unternehmen Kaufpreise zum jeweiligen Zeitpunkt der Übernahme					
Rang	Käufer	Kaufziel	Jahr	Zielland	Kaufpreis (in Mio. Euro)
1	Erste Bank	Banca Comerciala Romana (BCR)	2005	ROM	3.751
2	Telekom Austria	Mobiltel	2005	BUL	1.600
3	OMV	51 % Petrom	2004	ROM	1.500
4	OMV	34 % Petrol Ofisi	2006	TUR	884
5	Raiffeisen International	93,5 % Bank Aval	2005	UCR	836
6	Erste Bank	Česká spořitelna	2001	CZ	530
7	Raiffeisen International	Impexbank	2006	RUS	max. 454
8	Erste Bank	Slovenská sporiteľňa	2001	SVK	425

9	Erste Bank	Postabank	2003	HUN	399
10	TwoOne (Flughafen Wien)	Flughafen Bratislava und Košice	2006	SVK	299

Die größten Übernahmen mit einem Kaufziel in Österreich:

Die größten Übernahmen in Österreich Kaufpreis zum jeweiligen Zeitpunkt der Übernahme				
Rang	Käufer	Kaufziel	Jahr	Transaktionswert (in Mio. Euro)
1	HypoVereinsbank (D)	BA-CA	2000	7.100
2	Cerberus (U.S.)	Bawag	2007	3.200
3	Heineken (NL)	BBAG	2003	1.900
4	Gallaher Group (GB)	Austria Tabak	2001	1.880
5	Bawag	PSK	2000	1.270
6	Rewe Group (D)	Billa	1996	1.100
7	Siemens AG (D)	VA Tech	2005	1.000

[Bedeutung Osteuropas für die Österreichische Wirtschaft](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Schon die [österreichisch-ungarische Monarchie](#) bildete einen Wirtschaftsraum der das heutige Österreich mit vielen Regionen zusammenfasste, die später jenseits des [Eisernen Vorhanges](#) liegen sollten. Auf Grund der [Neutralität](#) gelang es vielen, vor allem größeren Firmen während der Zeit des Kommunismus diese Kontakte weiter zu pflegen, und sogar neue Niederlassungen zu gründen. Dadurch zählten sie nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu den Ersten, die ihre Vertriebswege und Produktionsstätten wesentlich in den Zentral- und Osteuropäischen Staaten ([CEE](#)) erweitern konnten, so dass Österreich heute zu den größten Investoren in neu errichteten oder in dort domizilierte Unternehmen vor allem in den direkten Nachbarländern zählt.

Unternehmen mit großer Präsenz in den [Mittel- und Osteuropäischen Ländern](#):
Bankwesen:

- [Raiffeisen International](#)
- [Erste Bank](#)
- [BAWAG P.S.K.](#)
- [Bank Austria](#)
- [Hypo Alpe-Adria-Bank](#)

Versicherungen:

- [Wiener Städtische](#)

Handel:

- [Billa](#)
- [Spar](#)
- [BauMax](#)
- [Julius Meinl](#)
- [Kika](#)

Dienstleistungen:

- [Telekom Austria](#)

Industrie:

- [OMV](#)
- [Fritz Egger GmbH & Co](#) (Holzverarbeitung)
- [Mayr-Melnhof Karton](#)

Durch die bereits vorhandenen guten Kontakte haben viele international tätige ausländische Unternehmen die Leitung ihrer Aktivitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern an ihre österreichischen Tochter übergeben. So zum Beispiel der deutsche Reinigungsmittelkonzern [Henkel](#), der deutsche Kosmetikkonzern [Beiersdorf](#), der deutsche Handelskonzern [Rewe](#) mit seiner Österreich-Tochter [Rewe Group Austria](#), die italienische Großbank [Unicredit](#) die ihre Osteuropa-Aktivitäten von Wien aus durch die [Bank Austria Creditanstalt](#) abwickeln wird, der niederländische Getränkekonzern [Heineken](#) mit der Österreich-Tochter [Brau Union](#) und auch der französische Baukonzern [Lafarge](#). Auch die [Assicurazioni Generali](#) hat 2006 bekannt gegeben ihre Tochtergesellschaften in Osteuropa künftig von Wien aus zu steuern. Aber auch viele kleinere KMU haben ihre Verkaufsniederlassungen, die für Zentral- und Osteuropa zuständig sind, nach Österreich verlegt, um von hier aus den Markt zu bearbeiten.

Interessensvertretungen [\[Bearbeiten\]](#)

Für die Interessen der Unternehmen setzt sich die [Wirtschaftskammer Österreich](#) (WKO), sowie die [Industriellenvereinigung](#) ein. Arbeitnehmerinteressen werden durch die [Arbeiterkammer](#), welche auch für den [Konsumentenschutz](#) zuständig ist, sowie den [Österreichischen Gewerkschaftsbund](#) vertreten. Die zwar in den letzten Jahren in Bezug auf Unternehmen geschrumpfte Landwirtschaft wird durch die [Landwirtschaftskammer](#) vertreten.